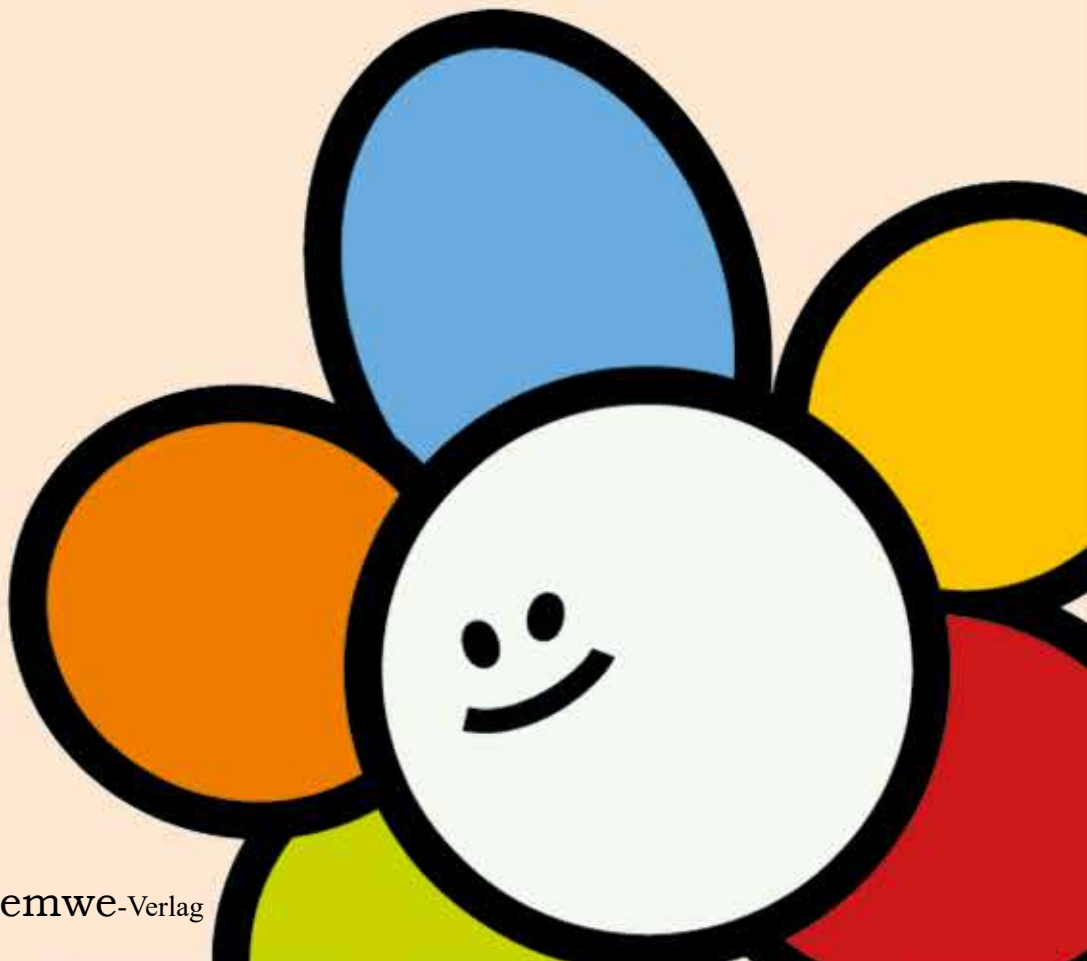


BÜNDNIS **für** FAMILIE

Hrsg.

Auftakt



BÜNDNIS für FAMILIE

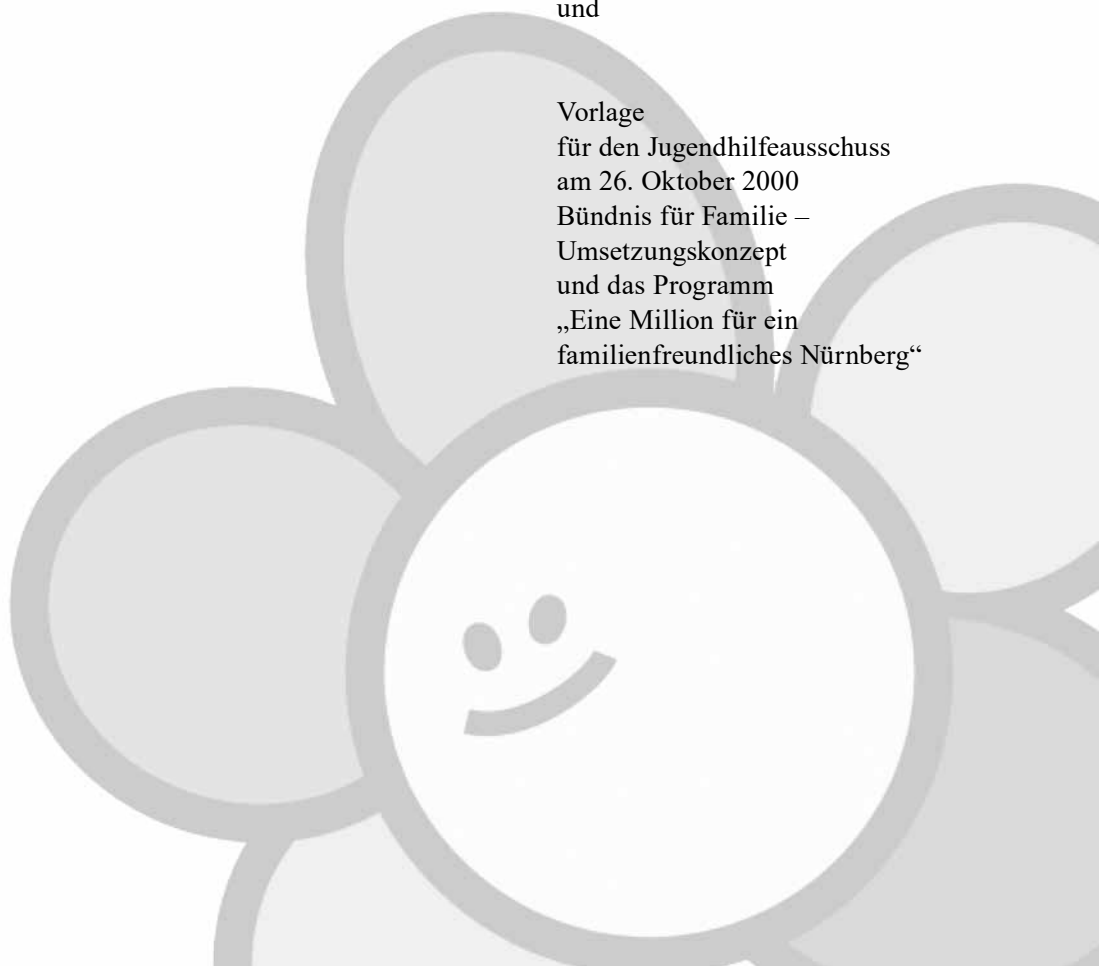
(Hrsg.)

Auftakt

Dokumentation
der Auftaktveranstaltung
am 23. Juli 2001

und

Vorlage
für den Jugendhilfeausschuss
am 26. Oktober 2000
Bündnis für Familie –
Umsetzungskonzept
und das Programm
„Eine Million für ein
familienfreundliches Nürnberg“



Stadt Nürnberg
Referat für Jugend, Familie und Soziales
Bündnis für Familie (Hrsg.)
Auftakt - Bündnis für Familie
ISBN 3-932376-23-4

Schriften Bündnis für Familie
– Nr. 1 –

Logo-Gestaltung:
Werbeagentur Schultze, Walter & Zahel GmbH, Nürnberg

Layout und Herstellung:
Harald Hans Vogel

Fotos:
Presseamt der Stadt Nürnberg und Privataufnahmen

Druck:
Emmy Riedel Buchdruckerei und Verlag GmbH

© emwe-Verlag – Nürnberg 2001

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung	7
Sitz des Bündnisses für Familie	9
Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters der Stadt Nürnberg Ludwig Scholz	13
Ingrid Mielenz „Kleine Netze / große Netze – Das Bündnis für Familien als neue Strategie kommunaler Sozialpolitik“	19
Richard Münchmeier Familie heute leben. Werte, Lebensziele und Bewältigungsaufgaben junger Menschen heute	25
Meinungen zum Nürnberger Bündnis für Familie	41
Einladung zur Auftaktveranstaltung	49
Logo – ein Logo muss sein!	51
Presseecho	53
Vorschläge für ein „Bündnis für Familie“ – Umsetzungskonzept (Jugendhilfeausschuss-Vorlage)	59

EINFÜHRUNG



Der Nürnberger Stadtrat hat im Juni 2000 einstimmig beschlossen, ein breites gesellschaftspolitisches Bündnis für Familie auf den Weg zu bringen.

Mit dieser über alle Parteigrenzen hinweggehenden Zustimmung wurde ein erster Schritt getan, die Lebensbedingungen und Lebenssituationen von Familien stärker in den Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns zu rücken und somit der strukturellen Benachteiligung vor allem von Familien mit Kindern entgegenzuwirken.

Konkretisiert wurde das Bündnis für Familie in einem Umsetzungskonzept, das im Jugendhilfeausschuss am 26. Oktober 2000 behandelt und einstimmig beschlossen wurde.

Für die operative Umsetzung wurde, unter der Leitung des Referats für Jugend, Familie und Soziales, ein „Stab Familie“ eingesetzt, der im April 2001 seine Arbeit aufnahm.

Unser Ziel ist es, Nürnberg noch attraktiver für Familien zu machen, weil wir wissen, dass die Zukunft unserer Stadt maßgeblich davon abhängig ist, dass sich Familien in Nürnberg wohl fühlen können, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung unterstützt und gefördert werden und dass dort, wo es notwendig und erforderlich ist, Familien Hilfe, Unterstützung und Beratung bekommen.

Da eine breite Beteiligung der Bürgerschaft Nürnbergs unbedingt erforderlich ist,

wurden entsprechende Arbeitsformen gewählt, wie thematische „Runde Tische“, verschiedene Projekte, öffentliche Veranstaltungen und ein jährlich stattfindendes „Offenes Forum Familie“.

Ein Koordinierungskreis, der sich aus den verschiedenen Arbeitsbereichen des Referats für Jugend, Familie und Soziales und der Frauenbeauftragten zusammensetzt, ist zuständig für die Abstimmung, Koordination und Information der im Geschäftsbereich verantworteten Projekte.

In einem Lenkungsausschuss sind unter Vorsitz des Oberbürgermeisters alle Geschäftsbereiche der Stadtverwaltung, Stadtratsfraktionen und gesellschaftlichen Organisationen wie Kirchen, Kammern, große

Träger der freien Wohlfahrt, Gewerkschaften etc. vertreten. Er hat die Aufgabe, den Gesamtprozess zu steuern, die verschiedenen Initiativen der Runden Tische und den Stab Familie zu beraten, Stellungnahmen und Empfehlungen für den Stadtrat bzw. seine Ausschüsse zu erarbeiten, die familienpolitischen Leitlinien gesellschaftlich zu vermitteln, und ist Eingangstor zu den gesellschaftlichen Institutionen

Das Projekt ist auf fünf Jahre angelegt.

Die vielfältigen Ideen und Ansatzmöglichkeiten für ein familienfreundliches Nürnberg finden sich in fünf Handlungsfeldern wieder:

Förderung der Familie Kampagne Erziehung Familie, Bildung, Kultur Familie und Arbeitswelt Lebensraum Stadt

Das Bündnis für Familie wurde im Rahmen einer Auftaktveranstaltung im Historischen Rathaussaal am 23. Juli 2001 erstmals öffentlich vorgestellt.

Eingeladen hatte Ludwig Scholz, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, der unter den rund 300 Gästen die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Schmidt, Bürgermeisterin Helen Jungkunz, Dekan Michael Bammessl und Dekan Theo Kellerer, den Präsidenten der Handwerkskammer für Mittelfranken in Nürnberg, Heinrich Mosler, den Direktor des Arbeitsamtes, Peter Wülk, sowie viele

andere Persönlichkeiten aus Unternehmen, Verbänden, Vereinen, Initiativen, Projekten und zahlreiche Mitglieder des Nürnberger Stadtrates begrüßen konnte.

Aktuelle Informationen über die Projekte und Veranstaltungen des Bündnis für Familie erhalten Sie auf unserer Homepage unter **<http://www.bff-nbg.de/>**.

Ihr Stab Familie

Nürnberg, im Oktober 2001



Foto: Günter Distler

Sitz des Bündnisses für Familie im Hl.-Geist-Spital
Spitalgasse 22, 90403 Nürnberg
Tel.: 0911/231-7356
Fax: 0911/231-7355
E-Mail: bff@stadt.nuernberg.de
Internet: www.bff-nbg.de

AUFTAKT – IMPRESSIONEN

Die Auftaktveranstaltung war mit ca. 300 Gästen gut besucht und es konnten, im Rahmen eines anschließenden Stehimbisses, viele Kontakte zu Verbänden, Einrichtungen und Initiativen geknüpft werden.



Für eine stimmungsvolle musikalische Umrahmung des Festaktes sorgte das Percussion-Trio der Musikschule Nürnberg unter der Leitung von Axel Dinkelmeyer.



Die Auszubildenden und Lehrkräfte des SOS-Berufsausbildungszentrums Nürnberg präsentierten die Leistungen ihres Partyservices sehr engagiert und mit einem ausgezeichneten Büfett.

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

DES OBERBÜRGERMEISTERS DER STADT NÜRNBERG LUDWIG SCHOLZ



Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Kollegin Mielenz, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat, sehr geehrter Herr Professor Münchmeier,

ich freue mich, dass Sie heute so zahlreich zur Auftaktveranstaltung unseres „Bündnisses für Familie“ gekommen sind und begrüße Sie herzlich. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie heute meiner Einladung gefolgt sind, und damit zum Ausdruck bringen, dass Sie durch aktive Mitwirkung mithelfen wollen, ein noch familienfreundlicheres Nürnberg zu bauen.

Meine Damen und Herren, eine moderne Familienpolitik in unserer Stadt zu realisie-

ren ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Aufgabenfeld. Wir wollen Nürnberg attraktiver für Familien machen, weil die Zukunft unserer Stadt maßgeblich davon abhängt, dass sich Familien in Nürnberg wohl fühlen können, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung unterstützt und gefördert werden und dass dort, wo es notwendig und erforderlich ist, Familien Hilfe, Unterstützung und Beratung bekommen.

Um dieses gesellschaftspolitische Anliegen, das ein Stück Zukunftspolitik auf kommunaler Ebene ist, zu verwirklichen, haben wir die neue Plattform, das „Bündnis für Familie“ geschaffen. Wir möchten mit dem „Bündnis für Familie“ dazu beitragen, dass erstens die Familie wieder als eine selbstver-

ständliche Größe behandelt wird und zweitens den Lebens- und Wirtschaftsraum Stadt familienfreundlich zu gestalten und zu entwickeln.

Das „Bündnis der Familie“ ist keine Erfindung der Verwaltung, sondern eine kommunalpolitische Initiative, an deren Entstehung mein Kollege aus dem Stadtrat, Hermann Imhof, maßgeblichen Anteil hat. Dank dieser Initiative und dem bisher Geleisteten nimmt das Nürnberger Bündnis für Familie in Bayern und deutschlandweit eine Vorreiterrolle ein. Wir haben mit dem Lenkungsausschuss für das „Bündnis für Familie“ bereits Arbeitsstrukturen eingerichtet und der Stadtrat hat für die geplanten Projekte eine Million Mark bereit gestellt. Die Fundamente sind somit gelegt. Der heutige Abend soll nun den eigentlichen Arbeitsprozess eröffnen und unserem Anliegen zusätzliche Öffentlichkeit geben.

Mit dem Bündnis für Familie verfolgen wir natürlich ganz konkrete Ziele.

Wir müssen zunächst zur Kenntnis nehmen, dass Kinder und Jugendliche demografisch als Bevölkerungsgruppe abnehmen. Sie dürfen aber nicht aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Die Stadtflucht von Familien, die wir in den letzten Jahren beobachten mussten, macht uns besondere Sorgen. Ein weiterer Aspekt gibt zu denken: So war vor wenigen Wochen in den Nürnberger Nachrichten zu lesen, dass an Ausgaben vom Baby bis zur Ausbildung „gut und gerne etwa 150.000 DM“ für Ernährung, Bekleidung und Wohnung zusammenkommen (NN 22.06.01, Seite 10). Solche Darstellungen weisen auf einen ungünstigen Trend hin, nämlich dass Kinder nicht als Wert an sich erkannt werden. Man kann aber Familie nicht nur unter monetären Gesichtspunkten

betrachten. Und selbst wenn man es tut, sollte man sich das Prinzip des Generationenvertrages vor Augen führen. Darüber hinaus kann man das Glück, die Freude und den Reichtum, den Kinder bereiten, nicht in D-Mark ausdrücken. Dennoch können wir die wirtschaftlichen Faktoren, die mit Familie verbunden sind, nicht ignorieren. Allerdings müssen wir ebenso anerkennen, dass finanzielle Unterstützungsleistungen weder ein familienfreundlicheres Klima schaffen, noch durch solche Leistungen sichergestellt wird, dass Kinder und Jugendliche in ihren Familien besser aufwachsen.

Meine Damen und Herren, Familienfreundlichkeit kann von den gewählten Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen nicht verordnet werden, aber wir können Impulse geben.

Wir können Spielräume suchen und nutzen, um die Lebensbedingungen der nachwachsenden Generationen noch stärker in das Zentrum politischen und gesellschaftlichen Handelns zu rücken. Mit Blick auf die Zukunft wollen wir daher im Schulterschluss mit Verbänden, freien Trägern, Initiativen, Gruppen und der Wirtschaft die Weichen für eine neue Familienpolitik und ein familienfreundlicheres Klima stellen. Eine familienfreundliche Stadt ist schließlich auch ein nicht zu unterschätzender Standortfaktor.

Meine Damen und Herren, wenn wir in Nürnberg mit dem „Bündnis für Familie“ die Zukunft im Auge haben und dabei eine Vorreiterrolle einnehmen, kommt das nicht von ungefähr.

Seit vielen Jahren stellen wir in Nürnberg bei kinder-, jugend- und familienpolitischen Entscheidungen fast ausschließlich im parteienübergreifenden Konsens die Weichen für ein familienfreundliches Nürnberg.

Darunter fällt die Schaffung von Kindergartenplätzen und Betreuungsangeboten wie

Kinderkrippen, Tagespflege, Netze für Kinder, Horte oder Mittagsbetreuung.

Wir können auf den Bau von Kinder- und Jugendhäusern, Aktivspielplätzen, Spielmobilen und die Ausweisung von Spielflächen verweisen.

Wir haben Beteiligungsformen für Kinder, wie z. B. die Kinderversammlungen und die Nutzerbeteiligungen bei Spielplatzplanungen gefördert. Die Ergebnisse sind bei der Neugestaltung von etlichen Spielplätzen sichtbar, gerade weil sie von den Kindern begeistert angenommen werden.

Wir haben dank der Einrichtungen und Dienste der freien Träger und der Stadt selbst eine gut ausgebaute Infrastruktur von Beratungs- und Hilfesystemen für Familien und ihre Kinder.

Ebenso bemühen wir uns seit einigen Jahren mit einer Reihe von Partnern günstigen Wohnraum und Eigenheime für Familien in der Stadt zu schaffen. Als Beispiel möchte ich nur auf die Entwicklung am Leonhardspark verweisen. Dies und vieles mehr bilden eine solide Grundlage für eine in die Zukunft weisende Familienpolitik. Wir beabsichtigen aber noch mehr und dafür brauchen wir ein umfassendes Zusammenwirken aller.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien bei allen Entscheidungen der Stadtentwicklung. Deshalb überlegen wir uns, wie eine „Familienverträglichkeitsprüfung“ sinnvoll eingeführt werden kann.

Dies umfasst Fragen, wie soll zum Beispiel eine familienfreundliche Schule aussehen. Ganz besonders wollen wir auch die Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik der Stadt einbinden, um Mittel und Wege zu entwickeln, wie sich diese Bereiche stärker am Leben der nachwachsenden Generationen in



den Familien von heute orientieren können. Wir wollen dies und vieles mehr ganz pragmatisch und ideologiefrei, aber durchaus zielgerichtet angehen.

Und es ist besonders ermutigend, dass von den Unternehmen und Kammern Bereitschaft zur Mitwirkung zu verspüren ist. Dabei ist es unbestritten, dass das „Bündnis für Familie“ ein Gesamtprozess ist, der moderiert werden muss, der sich entwickeln muss, bei dem Platz und Raum für Ideen und Dialog sein muss und der auch nach außen entsprechend dargestellt werden muss, um in der Gesellschaft verankert zu werden. Das ist natürlich eine Aufgabe, an der alle interessierten und gestalterischen Kräfte mitwirken sollten.

Mit großer Freude habe ich daher das Logo gesehen, das eine kleine Jury der Stadtverwaltung für das „Bündnis für Familie“ ausgewählt hat. Die bunte, farbige, fröhliche

Blume – oder ist es mit dem lachenden Gesicht ein Männchen, oder beides – drückt genau das aus, was wir wollen: Lust auf Familie machen!

Die fünf Farben des Logos, die Blume, symbolisieren die fünf Handlungsschwerpunkte des „Bündnisses für Familie“.

Diese Schwerpunkte sind die „Kampagne Erziehung“, zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit, die Förderung der Familie auf allen Ebenen, der wichtige Bereich Familie und Teilhabe an Bildung und Kultur, Familie und Arbeitswelt und der Lebensraum Stadt.

Zu den einzelnen Handlungsschwerpunkten wird im Anschluss meine Kollegin, Frau Ingrid Mielenz, die Sozialreferentin der Stadt Nürnberg, kurz referieren.

Selbstverständlich sind alle diese Handlungsfelder wichtig und greifen ineinander. Gleichwohl freue ich mich sehr, dass Frau Mielenz und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anregung des Lenkungsausschusses des „Bündnisses für Familie“ gefolgt sind und den Handlungsschwerpunkt „Familie und Arbeitswelt“ zum ersten Jahresthema gewählt haben.

Meine Damen und Herren, ich habe es bereits angedeutet: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein ganz zentrales Thema unserer Gesellschaft. In zahlreichen Gesprächen, mit und durch viele Briefe von Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt weiß ich, welch hohen Stellenwert diese Frage für junge Eltern hat. Berufliche Leistungsfähigkeit hängt schließlich eng damit zusammen, wie sie mit Familie und damit mit privater Zufriedenheit in Einklang zu bringen ist.

Das „Bündnis für Familie“ setzt sich daher zum ehrgeizigen Ziel, ein Netzwerk „Familie und Arbeitswelt“ zu knüpfen. Familienbewusste Personalpolitik in Unternehmen

soll durch einen aufzubauenden Familienservice unterstützt werden. Ebenso sind Information und Beratung berufstätiger Eltern, Vermittlung von Betreuungsmöglichkeiten, Rat und Unterstützung bei der Versorgung älterer und behinderter Angehöriger sowie die Beratung von Firmen Aufgaben dieses Services.

Ich hoffe, dass es gelingt, ein solches Netzwerk zu schaffen, weil – wie ich zu Beginn bereits sagte – ein familienfreundliches Klima, wie man heute weiß, ein zentraler Standortfaktor ist. Auch wir als Stadtverwaltung werden uns dabei nicht heraushalten: Die Dienstleistungen der Stadtverwaltung sollen sich noch stärker an den Bedürfnissen von Familien orientieren.

Das A und O einer Familienpolitik der Zukunft sind jedoch die Familien selbst. Es ist daher eine gelungene Idee, gerade unter der Perspektive der Zukunft unserer Gesellschaft, sich bei der Auftaktveranstaltung für das „Bündnis für Familie“ mit der jungen Generation zu beschäftigen. Ihre Erwartungen, Hoffnungen und Einstellungen zur Familie bilden eine besonders wichtige Grundlage für langfristiges Planen und Handeln.

Und ich bin sehr gespannt, was Professor Dr. Richard Münchmeier uns zum Verhältnis junger Menschen zur Familie zu sagen hat. Herr Professor Münchmeier, ich heiße Sie nochmals herzlich willkommen und danke Ihnen für Ihre Bereitschaft, heute den Festvortrag zu diesem wichtigen Thema zu halten.

Ich wünsche uns nun allen einen informativen und angenehmen Abend und danke all denen, die ihn ermöglicht haben und mitwirken. Wir haben eine gemeinsame Aufgabe und der heutige Abend ist ein weiterer Schritt, das „Bündnis für Familie“ bekannter zu machen und vor allem mit Leben zu erfüllen.

BÜNDNIS für FAMILIE

KLEINE NETZE/GROSSE NETZE

DAS BÜNDNIS FÜR FAMILIE ALS NEUE STRATEGIE KOMMUNALER SOZIALPOLITIK

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,
sehr verehrte Gäste!

Das Bündnis für Familie (in unserer Stadt) gewinnt an Fahrt! Vielen Dank, dass Sie so zahlreich unserer Einladung gefolgt sind, und vielen Dank für Ihr Interesse – Ich kann Ihnen versichern, wir kommen darauf zurück! – Es ist eine Ermutigung für unsere Arbeit!

Familie – damit ist das kleine Netz gemeint – wird verstanden als Lebensgemeinschaft von Menschen unterschiedlicher Generationen, die in einem (rechtlich, biologisch und/oder sozial) begründeten Nachkommensverhältnis zueinander stehen und die, soweit sie unterstützungsbedürftig sind (wie Kinder oder in der Familie Pflegebedürftige), von anderen Mitgliedern die notwendige Unterstützung erwarten dürfen. Kurzum: Familie – das ist eine auf (relative) Dauer angelegte Lebensgemeinschaft von Erwachsenen mit Kindern – eine Lebensgemeinschaft, die vielfältige Aufgaben hat – von der Erziehung der Kinder bis zur Betreuung und Pflege älterer Angehöriger.



Ingrid Mielenz, Referentin für Jugend, Familie und Soziales

Kleine Netze brauchen große Netze! – und große Netze brauchen kleine Netze! – Sie sind aufeinander angewiesen, denn das eine Netz kann ohne das andere nicht funktionieren. Viele Aufgaben, die Familien als Lebensgemeinschaft übernommen haben (die ihnen zugewiesen wurden), können nicht mehr allein durch die Familie erbracht werden. Hier bedarf es der Unterstützung durch Dritte (Freunde, Nachbarschaft als andere kleine Netze) oder durch das große Netz. Dies ist besonders erforderlich durch den Wandel der Familienstrukturen, den Wandel von Kindheit und Jugend insbesondere im großstädtischen Raum.

Umgekehrt können große Netze Staat, Gesellschaft und Wirtschaft ohne diese kleinen (funktionsfähigen) Netze nicht bestehen.

Dieses Verhältnis lässt sich durchaus als „neue“ Subsidiarität beschreiben – oder verstehen – und dies durchaus im Sinne der katholischen Soziallehre von Nell-Brenning: der Staat (die öffentliche Hand, die Allgemeinheit) muss kleinen Einheiten hilfreich Beistand gewähren. Er muss durch aktives Handeln und Tun die kleinen Einheiten zu allererst in die Lage versetzen, ihre originären Aufgaben zu erfüllen. Also nicht die Zurückhaltung des Staates, sondern die Förderung und Stärkung stehen im Vordergrund.

Dazu wollen wir uns verstehen: die Förderung und Stärkung der kleinen Netze, die Stärkung der Selbsthilfe, die Orientierung an den Interessen der Betroffenen und die Berücksichtigung der Eigenleistung.

Familie als Überschrift ist somit eine neue Bündelung sozialpolitischer Aufgaben „vor Ort“. Dabei muss nicht besonders betont werden, dass es keine einheitliche Bedarfs- und Interessenlage von Familien gibt. Das ist selbstverständlich, wenn man darüber nachdenkt, was Kleinkinder in ihrem Umfeld brauchen, welche Wünsche und Bedürfnisse

Jugendliche haben, was sich berufstätige Mütter von der Stadtgestaltung und der Organisation des öffentlichen Lebens erwarten und welche Bedingungen ältere Menschen brauchen, um am Leben in unserer Stadt teilzuhaben. Auch Eltern und Kinder sind sich nicht immer einig. Das Aushandeln dieser Interessen ist ein anregender Prozess, der in aktive Politikgestaltung mündet. Schön wäre es, wenn es für Interessenkonflikte auch immer Lösungen gäbe – und ganz schön, zum Beispiel, wenn die Anlage von Kinderspielflächen nicht von Lärmschutzgutachten abhängig gemacht werden würde.

Wenn wir über das Bündnis für Familie reden – über wie viele Menschen in unserer Stadt reden wir eigentlich? Dazu nur einige wenige Zahlen:

Nürnberg hat etwa 256.000 Haushalte, davon sind 188.000 Haushalte ohne Kinder, 68.000 Haushalte mit Kindern (= 26,5%). In 37.000 Haushalten leben Erwachsene mit einem Kind (= 14,4% bezogen auf die Gesamtzahl, 54,4% bezogen auf die Haushalte mit Kindern); 24.000 Haushalte haben zwei Kinder (= 9,3%), 7.000 Haushalte gibt es mit mehr als zwei Kindern (= 2,7% von allen und 10,2% von den Haushalten mit Kindern).

Es würde jetzt viel zu weit führen, die Aktivitäten der Stadt Nürnberg zur Entwicklung der sozialen Infrastruktur einzeln aufzuführen. Auch wenn es noch immer viel zu tun gibt, erlauben Sie mir auch festzustellen, dass die soziale Infrastruktur der Stadt gut ausgebaut ist – mit großem sozialpolitischem und fachlichem Engagement der Stadt, der Wohlfahrts- und Jugendverbände, anderer Vereine und Organisationen und vor allem mit großem bürgerschaftlichem Engagement (Ehrenamt, Selbsthilfe, Nachbarschaftshilfe). Das sind gute Voraussetzungen für ein Bündnis für Familie – für einen neuen sozialpolitischen Impuls im großen Netz der Stadt Nürnberg

Das Bündnis für Familie in Nürnberg wird sich in fünf Handlungsfeldern mit dem ehrgeizigen Ziel „100 Projekte aus 1000 Ideen“ bis Ende nächsten Jahres stellen.

Die Handlungsfelder sind:

1. DIE KAMPAGNE ERZIEHUNG

Stärkung der Erziehungsfähigkeit in der Familie und Stärkung aller, die Kinder erziehen, damit ihre Kompetenz gefördert und ein positives Erziehungsklima in Nürnberg geschaffen werden kann. Die Kampagne Erziehung ist ein eigenständiges Projekt des Jugendamtes im Rahmen des Bündnisses für Familie – gefördert vom Bayerischen Sozialministerium.

Die Auftaktveranstaltung der Kampagne Erziehung findet am 26. Juli 2001 im Caritas-Pirckheimer-Haus statt.

2. DER BEREICH FÖRDERUNG DER FAMILIE

In Nürnberg gibt es vielfältige Förder-, Beratungs- und Betreuungsangebote für Familien. Das Bündnis für Familie leistet einen Beitrag zur Information, Vernetzung, Weiterentwicklung und Ergänzung.

Geplante Projekte sind dazu eine eigene Website, Ratgeber, Kindertagesstätten im Internet, Kindertagesstätte als Ort für Familien.

In einer Studie soll der Zusammenhang von Alleinerziehend und Armut untersucht werden, um daraus konkrete Vorschläge zur Verbesserung zu entwickeln. (Hilfe zum Lebensunterhalt: Paare mit Kindern = 10,6%, Alleinerziehende = 21,5%, Tendenz steigend).

3. DAS HANDLUNGSFELD FAMILIE, BILDUNG, KULTUR

Familien muss die Teilnahme am kulturellen Leben erleichtert werden. Das Angebot und die Preisgestaltung sollen die besondere Lebenssituation von Familien berücksichtigen. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf ihre eigene Kultur.

Das Bündnis für Familie unterstützt Initiativen für eine familienfreundliche Schule.

Die Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung ist ein weiterer Schwerpunkt.

4. DAS HANDLUNGSFELD FAMILIE UND ARBEITSWELT

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Das Bündnis für Familie knüpft ein Netzwerk „Familie und Arbeitswelt“. Familienbewusste Personalpolitik in Unternehmen wird durch einen aufzubauenden Familienservice unterstützt. Information und Beratung berufstätiger Eltern, Vermittlung von Betreuungsmöglichkeiten, Rat und Unterstützung bei der Versorgung älterer und behinderter Angehöriger sowie die Beratung von Firmen sind Aufgaben dieses Services.

Familie und Arbeitswelt ist der Jahres-schwerpunkt 2002.

Durch erhöhte Sensibilität von Unternehmen aber auch von Kolleginnen und Kollegen, soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gelingen.

5. UND SCHLIESSLICH DER BEREICH LEBENSRAUM STADT

Die Belange von Familien werden bei allen wichtigen Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Bauplanung durch eine Familienverträglichkeitsprüfung berücksichtigt. Die Umgestaltung von Bädern zu Familienbädern, die Anlage von Parks und Plätzen als Orte generationsübergreifender Begegnungen oder die Schaffung von neuen Spielräumen werden vom Bündnis für Familie unterstützt.

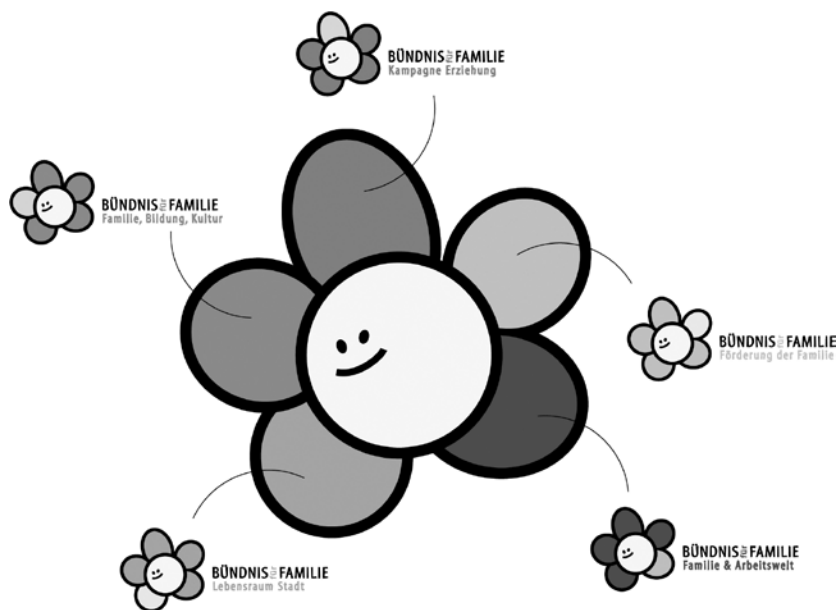
Als Abschluss: Familienpolitik – auch die kommunale – ist Querschnittspolitik. Sie realisiert sich in allen Politikbereichen, auch wenn diese nicht vorrangig auf Kinder, Jugendliche, Eltern und Großeltern orientiert sind. Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, uns einzumischen und dafür Sorge tragen, dass Familien in allen Lebensbereichen positive Lebensbedingungen vorfinden. Das stärkt unsere Stadt, gibt bei gelingendem Alltag ein gutes Lebensgefühl und zeichnet den Standort aus.

Zur Autorin:

geboren 1945 in Berlin
1966-1971 Studium an der FU Berlin
Soziologie, Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Arbeitsrecht
Abschluss als Diplom-Soziologin
1972-1974 Regierungsreferendarin in Berlin
Abschluss mit Staatsexamen
1974-1986 Mitarbeiterin, seit 1977 Leiterin der Planungsgruppe beim Senator für Jugend, Familie und Sport Berlin
seit 1987 berufsmäßige Stadträtin für Jugend, Familie und Soziales in Nürnberg

Durch das Bundesjugendministerium wurde sie 1986 in die Sachverständigenkommission zum 8. Jugendbericht berufen (1987-1989). Seit 1988 gehört sie dem Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (AGJ) an und ist im Deutschen Verein aktiv. 1999 wurde Ingrid Mielenz zur Vorsitzenden des Kuratoriums des Deutschen Jugendinstituts gewählt. Ebenfalls 1999 berief sie die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Vorsitzenden des Bundesjugendkuratoriums, dem jugendpolitischen Beratungsgremium der Bundesregierung. Ihr wichtigstes Werk ist das mit ihrem Ehemann, Prof. Dieter Kreft bereits in der 4. Auflage herausgegebene „Wörterbuch Soziale Arbeit: Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe u. Methoden d. Sozialarbeit u. Sozialpädagogik“, Beltz Verlag Weinheim; Basel 1988 ISBN/ISSN: 3-407-55728-0

HANDLUNGSFELDER:



BÜNDNIS für FAMILIE

FAMILIE HEUTE LEBEN

WERTE, LEBENSZIELE UND BEWÄLTIGUNGSAUFGABEN
JUNGER MENSCHEN HEUTE

EINLEITUNG

Familie ist für die meisten Erwachsenen etwas Schönes und Erstrebenswertes. Nach dem allgemein geteilten, im Grundgesetz festgeschriebenen Verständnis steht die Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Gemeinschaft und hat im Bedarfsfall Anrecht auf unterstützende und ergänzende Hilfen und im Notfall auch auf familienergänzende oder sogar familienersetzende Angebote. Unser Alltagsverständnis, aber auch die Vorstellungen im Bereich von Politik wie der Familien- und Jugendhilfe beziehen sich deshalb häufig auf eine im großen und ganzen gelingende Familienerziehung, setzen also Familie und zuträgliche familiäre Sozialisation als durchschnittliche Normalität einfach voraus.

In einer solchen positiven Zeichnung der Familie treffen sich die Aussagen durchaus mit der Mehrheit der Bevölkerung. Wie Umfrageergebnisse immer wieder zeigen, hat die Familie durchschnittlich einen hohen Stellenwert und wird von einer großen Mehrheit außerordentlich positiv gesehen und erlebt. Familie ist offensichtlich der zentrale Ort der Sinn- und Erfüllungserwartungen, der als solcher von der Politik vorausgesetzt und bestätigt wird.



Prof. Dr. Richard Münchmeier,
Freie Universität Berlin

Angesichts dieser Wertschätzung läuten die Alarmglocken über die Jugend heute besonders laut. Jugend steht in dem Ruf, sich von diesem Lebensideal abkehren zu wollen. Man beschwört einen Werteverfall oder zumindest einen Wertewandel, der dazu führe, dass junge Leute Familie als zentrale Basisstruktur unseres Zusammenlebens nicht mehr akzeptieren und leben wollen. Jugendliche wollen angeblich als „Kinder der Freiheit“ jenseits von Arbeit und Familie, Leistung und Verpflichtung ein selbstbestimmtes, spaßbetontes Leben führen, in das Familie nicht passt. Und Kinder wollen sie – so wird unterstellt – auch nicht mehr in die Welt setzen.

Nun ist es aber weder mit dem Idealbild von Familie so einfach, wie es scheint. Noch trifft auf die Jugend so ohne weiteres zu, was man von ihr munkelt. In beiden Fällen liegen die Dinge komplizierter und man muss schon genauer hinsehen, um die Realität zu erkennen und – was noch wichtiger ist – um die Aufgaben verstehen zu können, die sich heute in diesem Zusammenhang stellen. Um dieses genauere Hinsehen soll es im ersten Teil dieses Vortrags gehen. Im zweiten Teil will ich dann versuchen, einige Konsequenzen und Aufgaben zu benennen.

1.JUGEND UND IHRE LEBENSZIELE

Wie stellen sich die Lebensziele und Lebenskonzepte junger Menschen heute wirklich dar? Wer so fragt, erkundigt sich nach deren Wertorientierungen auf eine spezifische Weise. Gefragt sind dann nicht einfach „abstrakte“ Wertmuster oder Wertetraditionen. Für junge Leute (ebenso wie für Erwachsene) hängen Werte ja nicht an einem wie auch immer gearteten Wertehimmel, sondern wollen „gelebt“ werden. Die „Biografisierbarkeit“ von Werten – wie die neuere Werteforschung sagt – ist das entscheidende Problem: Wie lassen sich Werte leben?

Betrachtet man also jugendliche Werthaltungen unter dem Aspekt ihrer biografischen Relevanz, so kommen „Lebenskonzepte“ und „Lebensziele“ in den Blick. Die Befunde der neuesten Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2000 (befragt wurden junge Leute von 15-24 Jahren) sind hier eindeutig.

1.1. LEBENSKONZEPT FAMILIE

Unter den jungen Leuten zeigt sich ein besonders stark ausgeprägtes Lebensziel. Es heißt: Familie. Dieses Ziel ist gleichrangig

mit einem zweiten. Es heißt: Arbeit und Beruf. Das gilt für Jungen und Mädchen: ihre Anstrengungen konzentrieren sich auf diese beiden Lebensbereiche. Sie wollen Beruf und Familie miteinander verbinden. Die Shell Studie – wie auch viele anderen Jugendstudien – kann also die oft zitierte Fabel von der „postmodernen Jugend“, die sich von den Bindungen an feste Arbeit und dauerhafte Familie losgesagt habe, nicht bestätigen.

Dieser erstaunliche Konservatismus scheint eine Folge von und Reaktion auf die wahrgenommene Schwierigkeit zu sein, diese Lebensbereiche zu realisieren und zu leben. Die Ideale von (lebenslangem) Beruf und (lebenslanger) Ehe entfernen sich von den pragmatisch erreichbaren Realitäten. So sind etwa für die übergroße Mehrheit „Heirat“ oder „Zusammenwohnen mit dem Ziel der Heirat“ unter allen Partnerschaftsmodellen die angestrebten Ideale. Dennoch werden – aus pragmatischen Gründen der Erreichbarkeit und Realisierbarkeit – auch die sog. „neuen Lebensformen wie „living apart together“, Wohngemeinschaften oder Single-Leben als Ersatz- oder Behelfsformen akzeptiert. Man pflegt die Ideale (wie z. B. Treue), weil sie am erstrebenswertesten erscheinen; aber man weiß, dass sie schwer realisierbar sind und man sich mit den erreichbaren Möglichkeiten arrangieren muss.

Bei den Jugendlichen scheint die Orientierung an der Zentralstellung der Familie für die eigene Lebensplanung losgelöst zu sein von irgendwelchen „materiellen“ Nutzenüberlegungen; so hat etwa die Form der „Versorgungsehe“ ausgespielt. Vielmehr wird die Familie als emotionaler Rückhalt, als Ort von Liebe, Verlässlichkeit, Treue, Häuslichkeit und Partnerschaft verstanden. Um dieses Ideal leben zu können, versucht man, möglichst gute Voraussetzungen und Ressourcen anzusammeln.

Jungsein heute

- /// Wählen können und wählen müssen
- /// Orientierungsprobleme wachsen
- /// Lebenskompetenz ist gefordert
- /// Jugendproblem: Arbeitslosigkeit

1.2 LEBENSKONZEPT BERUF

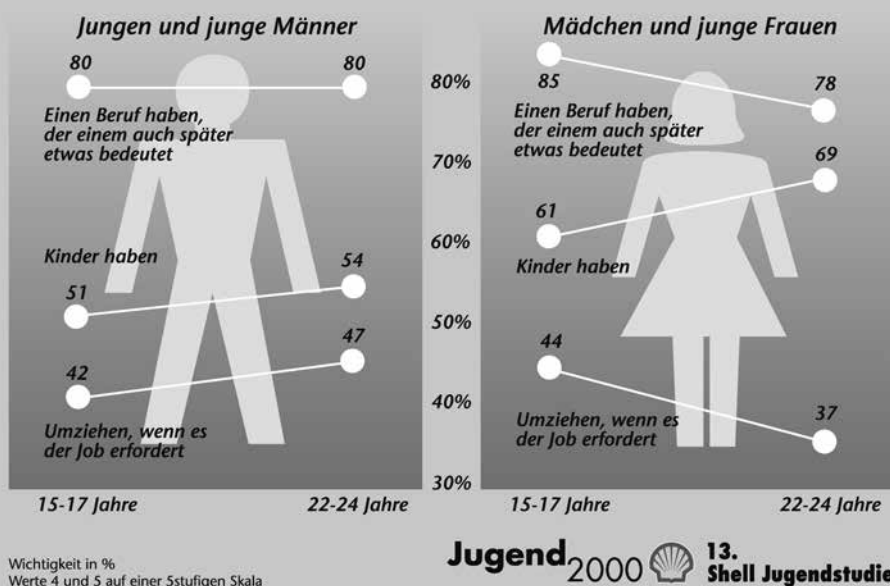
Jugendliche leben keineswegs in einer Welt jenseits der Berufsorientierung, bereiten sich nicht auf ein Leben in der Spaß- und Freizeitgesellschaft vor. Sie nehmen das Lebensziel Beruf ernst und ihre Aufgabe, sich dafür zu qualifizieren und vorzubereiten, sehr genau. Das bedeutet natürlich nicht, dass sie von ihrer Berufstätigkeit nicht erwarten, dass sie Spaß macht. Aber auch für die Berufsorientierung gilt Ähnliches, das bei der Familienorientierung schon festzuhalten war: Ideal und Realität fallen auseinander, und Jugendliche praktizieren so etwas wie eine pragmatische Akzeptanz von Ersatz- und Zwischenlösungen. Sie wissen etwa ganz realistisch, dass das Verfolgen der Berufsziele Mobilitätsbereitschaft und die Anstrengung einer möglichst guten Ausbildung einschließt.

Ob Beruf eher „Selbstverwirklichung“ oder eher „Selbstbehauptung“ bedeutet, hängt ab von den Persönlichkeitsressourcen. Hauptschüler suchen durch ihre Berufsorientierung eher das gute Einkommen und den sicheren Arbeitsplatz; Abiturienten ist eher an Sinn und Selbstverwirklichung gelegen.

2. HINTERGRÜNDE: DER WANDEL UNSERER GESELLSCHAFT

Woher kommt dieser scheinbare Konservatismus? Betrachtet man die Dimensionen, aus denen sich diese Lebensziele zusammensetzen, so enthalten sie – wie wir gesehen haben – tatsächlich die althergebrachten Inhalte. Diese Inhalte – man könnte sagen die Wertegehalte der Lebenskonzepte Familie und Beruf – haben alle etwas gemeinsam: sie zielen auf Verlässlichkeit und Sicherheit, Geborgenheit und Eindeutigkeit.

Berufs- und Familienwünsche: bei jungen Frauen nur schwer vereinbar



Solche Dimensionen werden gerade in einer Zeit wie der unseren besonders wichtig, in der Verlässlichkeit, Sicherheit und Geborgenheit eher selten geworden sind, in der die Zukunft immer unkalkulierbarer wird und deshalb alle Lebensentscheidungen nur noch unter dem Vorbehalt von Risiko und möglichem Änderungs- und Anpassungsbedarf getroffen werden können, in der Flexibilität und Bereitschaft zu Mobilität und lebenslanger Neuorientierung immer lauter gefordert werden.

Seit gut 30 Jahren beobachten wir einen sich beschleunigenden Wandel unserer Gesellschaft, der sich in unterschiedlichen Bereichen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit oder auch Beharrungsvermögen voll-

zieht. Aktuelle politische und gesellschaftliche Diskurse um ein 'Bündnis für die Familie' (und nicht bloß ein 'Bündnis für Arbeit'), über die Entwicklung der Bevölkerung angesichts zurückgehender Geburtenzahlen, um eine bezahlbare Rente, um Gerechtigkeit zwischen den Generationen, um die Neugestaltung der Erwerbsarbeit und ihre Verteilung zwischen den Geschlechtern stellen nur die Oberfläche eines tiefgreifenden Umbruchs in der Arbeits- und Lebenswelt dar. Führende Sozialwissenschaftler gehen heute davon aus, dass wir mit unseren heutigen Forschungsmethoden und -instrumenten noch gar nicht erfassen können, was sich bereits alles verändert hat, und schon gar nicht, was sich wie alles verändern wird.

Gesellschaftlicher Wandel

Die zukünftige Gesellschaft
wird sein eine

- Wissensgesellschaft
- Risikogesellschaft
- Arbeitsgesellschaft
- Zivilgesellschaft

Wir können aber annehmen, dass die Gesellschaft der Zukunft sicherlich

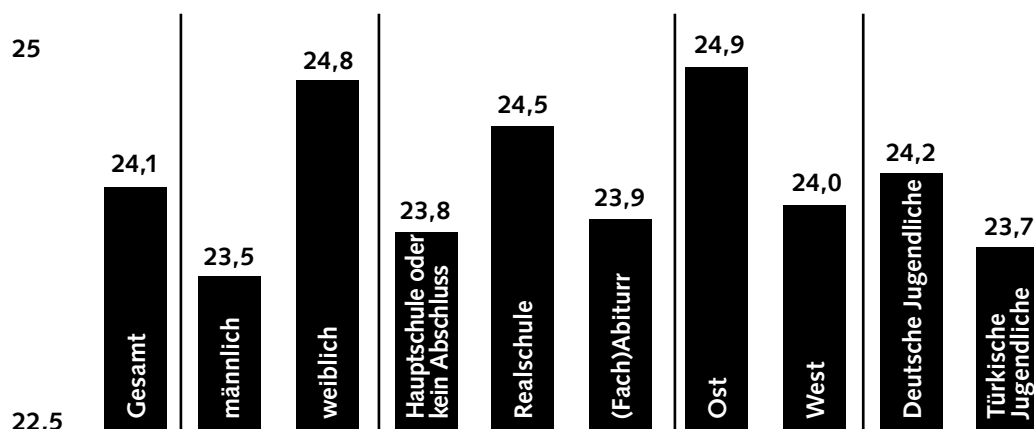
eine **WISSENSGESELLSCHAFT** sein wird, in der Intelligenz, Neugier, Lernen wollen und können, Problemlösen und Kreativität eine wichtige Rolle spielen;

aber auch eine **RISIKOGESELLSCHAFT** ist, in der die Biografie ständig neu erfunden und trotzdem Identität gewahrt werden muss, in der der Umgang mit Ungewissheit ertragen und in der Menschen ohne kollektive Selbstorganisation und individuelle Verantwortlichkeit scheitern werden;

weiterhin eine **ARBEITSGESELLSCHAFT** sein wird, der die Arbeit nicht ausgegangen ist, sondern in der Arbeit eher Informations- und Dienstleistungsarbeit ist, eher flexibel und sich rasch in ihrer Form und in ihren Anforderungen an die Kompetenzen der Arbeiten ändert und – hoffen wir, dass sie

eine **ZIVILGESELLSCHAFT** ist, mit vielfältigen Formen der Partizipation und Kooperation der Bürger, egal welchen Geschlechts, welcher Herkunft, welchen Berufs–und welchen Alters!

"Familienorientierung - Partner, Heim und Kinder"



Jugend 2000  13. Shell Jugendstudie

Angesichts dessen können wir davon sprechen, dass es für alle Gesellschaftsmitglieder schwieriger und anspruchsvoller geworden ist, sich in einer kompliziert gewordenen Welt zu verorten und zu behaupten. Zeitgenossenschaft setzt heute persönliche Kompetenzen und Fähigkeiten zum „Selbstmanagement“ voraus, die weit über berufsbezogenen Qualifikationserwerb hinausgehen. Moderne Pädagogik spricht deshalb mit Bezug auf Bil-

dung nicht bloß von Qualifikation, sondern immer mehr von Daseins- oder „Lebenskompetenz“. Was für uns alle gilt, gilt für junge Leute in erhöhtem Maß. Es wundert deshalb nicht, wenn sich ihre Sehnsüchte und Lebenserwartungen angesichts der Verunsicherungen und der Orientierungszwänge der modernen Gesellschaft (wieder) auf jene Sicherheit und Geborgenheit versprechenden Bereiche richten: eben auf Familie und Beruf.

Lebenskonzepte und Lebensziele der Jugend heute

- | | |
|--|---|
| ■ Familie ist das wichtigste Lebenskonzept: | ■ Beruf ist gleichrangig mit Familie; das gilt für Jungen und Mädchen: |
| ■ emotionaler Rückhalt | ■ ökonomische Basis |
| ■ Ort von Liebe | ■ Arbeit soll sinnvoll sein und Spaß machen |
| ■ Verlässlichkeit, Treue | ■ Selbstverwirklichung |
| ■ Zuhause für die Kinder | ■ Selbstbehauptung |

3.JUGEND IN NEUEN ORIENTIERUNGSPROBLEMEN

Die „Situation des Wählenkönnens und Wählen-Müssens kumuliert heute im Jugendalter. Nachdem die verwandtschaftliche Organisation und die nachbarschaftliche Kontrolle persönlicher und intimer Beziehungen abgenommen hat, nachdem z. B. die traditionelle Tabuisierung vorehelicher Sexualität zusammengebrochen ist, finden Jugendliche einen Freiraum vor, der freilich nicht nur persönliche Freiheit, sondern auch erhöhte

interindividuelle Konkurrenz für sie bedeutet. Unter diesen Konkurrenzbedingungen wird die Stilisierung und Ausformung der eigenen Persönlichkeit zur vordringlichen Aufgabe. Seit Beginn der Moderne lernen immer mehr Jungen und Mädchen, dass sie etwas „aus sich machen müssen“. Jugendhilfe und Jugendpädagogen werden stärker dieses „Orientierungsproblem“ (und nicht einfach die Frage der Sozialisation und Vorbereitung) zum Ausgangspunkt ihrer Angebote für diese Altersgruppe machen müssen.

Bereich: Werte - Lebensziele

(Frage 19)

Skala 7: "Familienorientierung - Partner, Heim und Kinder"

Item	Mittelwert	Wichtigkeit in % 4 + 5 auf 5-stufiger Skala
1. In einer glücklichen Partnerschaft leben	4,20	79
2. Kinder haben	3,64	59
3. eine eigene Familie aufbauen, in der man sich wohlfühlt	4,00	71
4. sich später ein angenehmes Zuhause schaffen	4,21	81
5. seinen Kindern einmal ein sicheres Zuhause bieten	4,11	76
6. treu sein	4,02	72

Mittelwert Skala M = 24,2
Standardabweichung Skala s = 4,70

Reliabilität: Cronbach's Alpha r_{tt} = .87

Quelle der Skala: neu entwickelt

Abfragemodus:

5 = ist mir ausgesprochen wichtig 1 = ist mir überhaupt nicht wichtig

Jugend2000  **13. Shell Jugendstudie**

Die Befunde und Ergebnisse der 12. Shell-Jugendstudie (1997) haben besonders eindrücklich deutlich gemacht, was im Grunde alle wissen und was durch viele andere Studien bestätigt wird: Die gesellschaftliche Krise hat die Jugend erreicht. Die Krisen im Erwerbsarbeitssektor, Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Rationalisierung und Abbau oder Verlagerung von Beschäftigung sind inzwischen nicht mehr „bloß“ eine Randbedingung des Aufwachsens. Sie sind nicht mehr „bloß“ Belastungen des Erwachsenenlebens, von denen Jugendliche in einem Schonraum entlastet ihr Jugendleben führen können. Sie haben inzwischen vielmehr das Zentrum der Jugendphase erreicht, indem sie ihren Sinn in Frage stellen. Wenn

die Arbeitsgesellschaft zum Problem wird, dann muss auch die Jugendphase als Phase der biografischen Vorbereitung auf diese Gesellschaft zum Problem werden.

Auf die ganz am Anfang des Fragebogens offen gestellte Frage nach den „Hauptproblemen der Jugendlichen heute“ nennt fast jeder zweite das Thema Arbeitslosigkeit. Besonders zu denken gibt, dass Arbeitslosigkeit umso öfter genannt wird, je älter die Jugendlichen sind: 18 % der Jüngsten (d. h. der 12- bis 14-Jährigen), aber fast 60 % der 18- bis 21-Jährigen und sogar 63 % der 22- bis 24-Jährigen geben es an. Es scheint so, dass hier ein Konsens in der gesamten jungen Generation liegt, gewissermaßen eine „prägende Generationenerfahrung“.

Familie

- gilt in unserer Gesellschaft als etwas Schönes und Erstrebenswertes, als Grundlage des Staates, als „der“ zentrale Wert und deshalb als erhaltenswert
- gilt angeblich bei jungen Leuten nicht mehr viel, sei für sie kein Lebensideal mehr, passt nicht mehr in ihr Bedürfnis nach Autonomie und Bindungslosigkeit

Aufgaben einer modernen Familienpolitik

- sie braucht einen vielfältigen Familienbegriff
- sie muss Infrastrukturpolitik sein
- sie muss lebensweltorientiert sein
- sie muss die Gleichheit der Geschlechter befördern
- sie muss Einmischungspolitik sein

4.FAMILIE HEUTE LEBEN: AUFGABEN EINER MODERNEN FAMILIENPOLITIK

Traditionell ging es in der Familienpolitik um Geldleistungen (z. B. Kindergeld) oder Steuerentlastungen oder um das Angebot von institutionellen Betreuungsplätzen (z. B. Kindergarten). Für ersteres war v. a. der Bund, für letzteres v. a. die Kommune zuständig. Niemand wollte ernsthaft in Abrede stellen, dass beides noch immer notwendige Fundamente jeglicher Familienpolitik sind. Erst jüngst hat der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001) wieder deutlich gemacht, dass Familien mit Kindern im Vergleich mit Kinderlosen erhebliche Einbußen an Lebensstandard und Sich-leisten-können hinnehmen müssen (auch wenn die Freude an den Kindern natürlich auch ein besonderer Reichtum ist).

Dennoch hat eine moderne Familienpolitik heute ein wesentlich breiteres Aufgabenspektrum und hat deshalb ihre Vorgehensweisen und Ziele erheblich erweitert.

Hinzu kommt: Familie wird in vielen Formen gelebt. Die Partnerschaft mit dem Ziel der späteren Heirat gehört hier ebenso dazu, wie Partnerschaften mit und ohne Kinder, in der die Partner ihre getrennten Wohnungen nicht aufgeben. Alleinerziehendenfamilien sind hier ebenso zu nennen wie Scheidungs- oder Stieffamilien.

Alle solche und andere Formen der Familie haben zwar gemeinsame, jedoch auch unterschiedliche Bedarfe, was Unterstützung, Ressourcen und gesellschaftliche Anerkennung angeht. Sie brauchen unterschiedliche Netze und Gelegenheitsstrukturen, um ihre alltäglichen Aufgaben zu lösen. Das erzwingt auch in der Familienpolitik eine früher so nicht gekannte Vielfalt. Das alte „*suum cuique*“ (jedem das Seine) wird der alte und zugleich neue Maßstab. Nicht jeder Familie das Gleiche zukommen zu lassen, sondern jeweils nach Art und Bedarf zu agieren ist gefordert.

4.1. FAMILIENPOLITIK BRAUCHT EINEN VIELFÄLTIGEN FAMILIENBEGRIFF

Familie ist – wie wir gesehen haben – auch bei der Mehrzahl der jungen Leute der zentrale Ort der Sinn- und Erfüllungserwartungen. Allerdings haben sich die Formen, die Muster und die Beständigkeit dieser sozialen Lebensform erheblich verändert. Familie bezeichnet deshalb heute nicht mehr einen Ort des Zusammenlebens mehrerer Generationen, sondern eher einen „Kleinfamilienhaushalt“ mit weiter gewordenen verwandtschaftlichen Bezügen.

4.2..... FAMILIENPOLITIK MUSS INFRASTRUKTURPOLITIK SEIN

Während um 1900 durchschnittlich jede Frau noch 4 Kinder hatte, sind es heute nur noch 1,4. Der Rückgang der Kinderzahl beruht vor allem auf dem Rückgang der Kinderzahl pro Familie bzw. pro Frau, also auf der Tendenz zur Verkleinerung der Familie. Die Ein-Kind-Familie ist die mehrheitliche Form unter allen Familien mit Kindern. Etwa ein Viertel der Kinder wächst deshalb heute als Einzelkind auf (im Osten etwas mehr, im Westen etwas weniger), ein weiteres Drittel hat nur noch ein weiteres Geschwister (BMFSFJ 1997, S. 26 f) .

Dies bedeutet nicht nur, dass die Einzelkinder mehr denn je zuvor auf Gleichaltrigenkontakte außerhalb der Familien angewiesen sind, sei es auf Kontakte in den informellen Cliquen, sei es in institutionellen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit oder auf dem expandierenden Markt kommerzieller Angebote (in Freizeit- und Spielfarmen, Clubs, Sport- und Kulturangeboten usw.). Diese „Entlastungsmöglichkeiten“ in der Gleichaltrigengeselligkeit (deren wachsende Bedeutung durch die neuere Jugendforschung übereinstimmend zum Ausdruck kommt) werden auch deshalb wichtiger, weil „die Einzelkinder ... in einer familiären Kommunikationsstruktur (leben), die von ihren Eltern dominiert wird, in der das Kind die an Kinder gerichteten Wünsche und Erwartungen der Eltern alleine zu erfüllen hat. Gerade in Konfliktsituationen mit den Eltern haben diese Kinder und Jugendlichen wenig Entlastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten durch Geschwister“ (Pettinger 1985, S. 267).

Für die Familienpolitik ergibt sich daraus nicht einfach nur die Aufgabe, die Sozialisationsleistung der Ein-Kind-Familie zu stützen; sondern hinzukommt eine sozial-infrastrukturelle Aufgabe: Gelegenheitsstrukturen und soziale Räume für von Erwachsenen nicht kontrollierte Gleichaltrigenerfahrungen anzubieten und zu stabilisieren.

Die Notwendigkeit zu solchen infrastrukturellen Leistungen wird auch deutlich, wenn man sich vor Augen hält, dass die Tendenz zur Ein-Kind-Familie auch zur Folge hat, dass die verwandtschaftlichen Netzwerke und Solidarsysteme sich lockern. Schon Mitte der achtziger Jahre hat der Kinder- und Jugendpsychiater R. Lempp darauf hingewiesen, dass der Übergang zur Form des geschwisterlosen Aufwachsens „die Tür zur onkellosen Gesellschaft öffnet“. Er hätte auch von einer tantenlosen, cousinen- oder

cousinlosen Gesellschaft sprechen können. Denn schon in der nächsten Generation werden die Kinder, deren Eltern Einzelkinder waren, onkel- oder tantenlos aufwachsen und keine Cousinen oder Cousins haben (Lempp 1986). Für sie werden solche „erweiterten Verwandtschaftssysteme“ nicht mehr gegeben sein, sie werden die ersten Schritte zur Lockerung der Einbindung in die Herkunftsfamilie (Ferien bei Onkel oder Tante; Reisen mit Cousinen oder Cousins) nicht mehr innerhalb verwandtschaftlicher Strukturen machen können.

In die gleiche Richtung weist noch ein weiteres Beispiel: die in Ostdeutschland traditionell selbstverständliche, in Westdeutschland zunehmende Erwerbstätigkeit der Mütter. Dies verändert nicht nur tendenziell die traditionelle innerfamiliäre Rollen- und Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und wirft Fragen nach der besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Hausarbeit auf, sondern erfordert eine Organisation der Kinderbetreuung außerhalb der Familien in öffentlichen oder privaten Einrichtungen (was wiederum auf die Notwendigkeit zur Verstärkung der infrastrukturellen Aufgaben der Jugendhilfe verweist). Dabei geht es freilich nicht nur um das Vorrätighalten von Kinderbetreuungsplätzen, sondern auch um das Anbieten von Räumen, von Unterstützung und Beratung für Selbstinitiativen von Müttern und Vätern, für selbstorganisierte Betreuungsmöglichkeiten bis hin zu Formen bürgerschaftlichen Engagements, z. B. in Gestalt von „Vorlese-Omas“, Müttertreffs, Elterncafés und ähnlichem. Vermittlung von Räumen und Weitergabe von „Know-how“ spielen hier oftmals die entscheidende Rolle.

4.3. FAMILIENPOLITIK MUSS LEBENSWELTORIENTIERT SEIN

Die Zeiten, in denen sich Familienpolitik hauptsächlich um Transfer von Geldleistungen oder Angebote von institutioneller Betreuung drehte, sind zu Ende. Nicht nur die Familienformen, auch der Kinderalltag hat sich verändert: er findet an einer Mehrzahl von „Spezialorten“ statt, zu denen die Kinder „transportiert“ werden. Der Kinderalltag unterliegt der „Verinselung“: Kinder müssen sich der Logik und den Regeln dieser Institutionen unterwerfen, müssen ihren Alltag genauso planen und einteilen wie die Erwachsenen, müssen lernen, sich in unterschiedlichen sozialen Kontexten jeweils situationsadäquat zu verhalten. Gelingt dies den Kindern nicht, wird dies – wie bei den Erwachsenen – als „Fehlverhalten“ sanktioniert. Tendenziell müssen Kinder die gleiche Menge von Sozialbeziehungen „bewältigen“ wie Erwachsene (10. Kinder- und Jugendbericht, 1998).

Traditionell – seit der Trennung von Lohnarbeit und Haus und der Nach-draußen-Verlagerung der Welt der Erwachsenen – ging man davon aus, dass Kinderalltag und Erwachsenenalltag zwei voneinander getrennte Erfahrungs- und Erlebnisbereiche seien. Und aus der Sicht der bürgerlichen Pädagogik sollte dies auch so sein (Richter 1987): Die noch unselbständige und unbeherrschte kindliche Seele sollte vor den realen Gefahren des Erwachsenenalltags „draußen“ behütet und geschützt werden.

Durch die Verbreitung v. a. der audio-visuellen Medien (Fernsehen und Video) im Alltag der Familie ist diese Trennung der Wirklichkeitsbereiche tendenziell aufgelöst worden. Themen aus der „Erwachsenenwelt“ wie Waldsterben, Tschernobyl, Bürgerkrieg, Klimaveränderungen etc. werden über die Medien zu einem gemeinsamen Gesprächsstoff zwischen Kindern und Erwachsenen.

Es kann nicht wundern, wenn diese alltäglichen Belastungen und Kompetenzanforderungen im Bereich von Kindheit und früher Jugend das Bedürfnis nach Entlastungen und Gegenwelten provozieren. Der Bedarf nach „Wildsein“, nach „Undiszipliniertsein“, lustvoll „Über-die-Stränge-schlagen“, „Sich austoben“ nimmt zu, je früher die Leistungen der Selbstdisziplinierung (Elias) abverlangt werden. Gleichzeitig aber werden die Toberäume, die Bolz- und Spielplätze, an denen sich ungezügelter Jugendlebensentfalten kann, in unserer Gesellschaft immer knapper. So drängen die nicht auslebbaren Bedürfnisse in die „geordnete Welt“ hinein und suchen sich die „Zwischenräume“ (Böhnisch 1994) zwischen den Institutionen: den Schulpausenhof, die Jugendfreizeit, das Wochenendseminar, den Bahndamm usw. Für die „Verwalter der Ordnung“ (Eltern, Lehrer, Pädagogen, Pastoren, aber auch Hausmeister und Mesner) entsteht die Frage, ob sie den Hintergrund solcher „Wildheit“ verstehen und wie sie mit diesen „Störungen“ umgehen. Die Gefahr, eine weitere Spirale in einem Teufelskreis in Gang zu setzen, also auf die aus dem „Leiden“ an zu viel Regeln ausbrechende Regellosigkeit mit neuen Regeln (z. B. verschärfter Hausordnung) zu reagieren, ist sicher nicht immer leicht zu vermeiden.

Für die Familienpolitik ergibt sich daraus die Aufgabe, Lebenswelten zu schützen, zu bewahren oder wiederherzustellen (§ 1,3.4 KJHG), die Kindern solche „Freiräume“ sichern. Sie wird sich also einsetzen für nicht-bebaute Grünflächen, für Abenteuerspielplätze und ähnliches.

Nach den Befunden der 13. Shell-Jugendstudie ist elterliches „Zutrauen in das Kind“ (als Gegenteil von „ängstliche Besorgtheit“) offenbar die wichtigste Dimension und Bedingung für eine gute Ausrüstung und Motivation, das Leben in die Hand zu nehmen und sich zuzutrauen, die Schwierigkeiten zu

meistern. Elterliches Zutrauen begünstigt jene Persönlichkeitsressourcen, die gute Voraussetzungen für eine gelingende Lebensbewältigung bieten. Die materielle Ausstattung (der „Lebensstandard“) der Familie scheint dagegen ziemlich nachrangig zu sein – zumindest in der Wahrnehmung der Jugendlichen. Eltern brauchen also Lebenswelten, die diese Erziehungshaltung unterstützen, in denen sie Kinder auch sich selbst überlassen können und nicht angesichts der enormen Gefahren durch Verkehr oder Konsum ängstliche Besorgtheit an den Tag legen müssen.

4.4. FAMILIENPOLITIK IST GEFRAGT, UM DIE GLEICHHEIT ZWISCHEN DEN GESCHLECHTERN ZU BEFÖRDERN

Oben wurde schon darauf hingewiesen, dass junge Leute, Jungen wie Mädchen, davon ausgehen, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. In der Realität stellen sich dem freilich Probleme entgegen, die anstelle von Gleichberechtigung doch wieder ungleiche Belastungen von Männern und Frauen befördern. Die Verbindung von Familien- und Berufsorientierung ist die gemeinsam geteilte, unumstrittene Wertorientierung. Dies aber gilt bei Jungen und Mädchen nur bis zu dem Alter, in dem sich die Frage nach Kindern konkret stellt. Dann sind Mädchen (nach wie vor) bereiter, ihre Orientierungen zugunsten von Familie zu ändern.

Familienpolitik erhält hier die Aufgabe, Betreuung- und Entlastungsangebote für junge Frauen zur Verfügung zu stellen. Aber auch – im Zusammenwirken mit Schule, Jugend-

arbeit und Erwachsenenbildung – Bildungs- und Erfahrungsmöglichkeiten anzubieten, die herkömmliche Geschlechterrollen kritisch überprüfen und neue Modelle partnerschaftlicher Alltagsbewältigung erfahrbar machen.

4.5. FAMILIENPOLITIK MUSS EINMISCHUNGSPOLITIK SEIN

Wenn sich das Aufgabenfeld und der Aktionsradius von Familienpolitik dergestalt erweitern, dann kommt ihr eine Schlüsselrolle innerhalb der Kommunalpolitik (wie natürlich auch der gesamtstaatlichen Politik) zu. Sie lässt sich eigentlich nicht mehr eingegrenzt auf eine enge Ressortzuständigkeit betreiben, sondern muss um der Sache willen ihre Ressortgrenzen überschreiten und sich in andere Politikfelder einmischen.

Nun hieße es, „Eulen nach Athen tragen“, wollte man ausgerechnet in Nürnberg über die „Einmischungsstrategie“ reden. Ist doch die „Erfinderin“ dieser Strategie in dieser Stadt in politischer Verantwortung. Deshalb will ich hier nur ganz kurz und zum Ende kommend an das Wichtigste erinnern.

Einmischungsstrategie erinnert daran, dass Familien- und Jugendhilfe (angesichts der typischen Doppelstruktur des sozialen Bereichs zwischen Sozialpolitik und Sozialpädagogik) angewiesen sind auf flankierende Unterstützung durch Sozial-, Wohnungs-, Schul- und Arbeitsmarktpolitik. Verlieren sie diese Unterstützung, können sie ihre Aufgaben nicht erfüllen, laufen sie Gefahr, auf Nothilfe verkürzt zu werden. Deshalb benötigen sie ein sachliches Mandat zur Einmischung.

Einmischungsstrategie erinnert daran, dass Familienpolitik die Arbeit an Strukturen, am Gemeinwesen, im Stadtteil, mit Institutionen, Ämtern und politischen Gremien einschließt. Hierzu braucht sie professionelle Kompetenz (darf sich auf diesem Gebiet keineswegs im Dilettantismus erschöpfen) und ein politisches Mandat. Im Interesse eines weit gefassten Aufgabenverständnisses von Familienpolitik fordert also Einmischungsstrategie – kurz zusammengefasst – ein rechtliches, sachliches und politisches Mandat, die Interessen ihrer Zielgruppen in anderen politischen Zusammenhängen zu vertreten.

Die Voraussetzung für die Möglichkeit eines solchen Prozesses ist eine neue Arbeitsteilung der Familienpolitik mit den anderen Politikfeldern. Diese Arbeitsteilung muss auf die alten und immer wieder neuen Ziele ausgerichtet sein: Abbau von Disparitäten, Sicherung von Chancengleichheit für Familien und – ganz neu – Sicherung und Ausbau der Lebensqualität für Kinder und Eltern. So zusammenarbeitend würden alle Ressorts zu einer arbeitsteiligen sozialen Reformpolitik im Interesse der Familien und deshalb letztlich von uns allen.

Zum Autor:

Geboren 1944

Studium der Soziologie, Psychologie und Erziehungswissenschaft

Promotion im Fach Erziehungswissenschaft an der Universität Tübingen

Habilitation für das Fach Sozial- und Jugendpädagogik an der Universität-Gesamthochschule Kassel

1981 bis 1993 Wissenschaftlicher Leiter der Abteilung Jugend- und Jugendhilfeforschung am Deutschen Jugendinstitut München; Forschungsarbeiten zu den Bereichen Politische Jugendbildung, Jugendarbeit, Jugend im sozialen Wandel, Jugendhilfe

1993 bis 1995 Professor für Sozialpädagogik an der Universität Leipzig; Wissenschaftlicher Leiter der Leipziger Längsschnittstudie (Übergangsprobleme Jugendlicher). Seit 1995 Professor für Sozialpädagogik an der Freien Universität Berlin; Wissenschaftliche Leitung der 12. und 13. Shell-Jugendstudie („Jugend '97“ und „Jugend 2000“)

Mitglied des Deutschen Bundesjugendkuratoriums (Wiss. Beirat der Bundesregierung im Bereich Jugendpolitik)

Publikationen (Auswahl):

Zugänge zur Geschichte der Sozialarbeit, München 1981

Immer diese Jugend. Ein zeitgeschichtliches Mosaik von 1945 bis heute (Hrsg.), 1985

Wozu Jugendarbeit?

(gemeinsam mit L. Böhnisch), 1990/3

Pädagogik des Jugendraums

(gemeinsam mit L. Böhnisch), 1992/2

Dokumentation und Evaluation des Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewaltbereitschaft, AgAG

(gemeinsam mit I. Bohn) 1996

12. Shell-Jugendstudie, Jugend '97

(gemeinsam mit A. Fischer)

13. Shell-Jugendstudie Jugend 2000

Geschichte der Sozialen Arbeit

(gemeinsam mit Sabine Hering) 2000

Handbuch der Jugendsozialarbeit

(gemeinsam mit Paul Fülbiert) 2001

BÜNDNIS für FAMILIE

MEINUNGEN ZUM NÜRNBERGER BÜNDNIS FÜR FAMILIE

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung am 23.07.2001
wurden durch das Presseamt der Stadt Nürnberg Gäste interviewt.

1.
WELCHE ERWARTUNGEN HABEN SIE AN
DAS BÜNDNIS FÜR FAMILIE?
2.
WIE KÖNNEN SIE SICH VORSTELLEN
DAS BÜNDNIS FÜR FAMILIE ZU UNTERSTÜTZEN?



THEO KELLERER,
Stadtdekan der ka-
tholischen Kirche in
Nürnberg

„Heute ist von großen und von kleinen Netzen gesprochen worden. Ich selber habe viel mit den kleinen Netzen zu tun. Als Pfarrer komme ich viel mit den Problemfamilien zusammen, mit Familien, die auseinander gebrochen sind. Hier sind wir vor allem menschlich gefordert. Ich möchte das Bündnis dort unterstützen, wo ich sein kann und wo ich mich positiv einbringen kann. Vor allem möchte ich mich dafür einsetzen, neue Ideen voranzubringen.“



RENATE SCHMIDT,
stellvertretende Vorsitzende
der SPD Deutschlands

„Ich hoffe, dass die Stadt Nürnberg und alle Verantwortlichen die Möglichkeit nutzen, Nürnberg als eine familienfreundliche Stadt zu präsentieren, d. h., auf die Bedürfnisse der Familien hier in Nürnberg auch tatsächlich einzugehen. Ich bin Familienpolitikerin, ich kümmere mich auf Bundesebene um Familienpolitik, deshalb kann ich Ideen beitragen. Ich bin nicht vor Ort aktiv und bin nicht Mitglied des Stadtrats, aber Impulse gebe ich gerne.“

**INGRID
WIESENMÜLLER,**
1. Vorsitzende des Deut-
schen Kinderschutz-
bundes Nürnberg



„Ich erhoffe mir in allen Bereichen Verbesserungen für die Situation unserer Familien und Kinder. Wir unterstützen das „Bündnis für Familie“ bereits durch Kooperation. Wir bieten Elternkurse an und möchten die Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen.“



BARBARA STRAUB,
Vorsitzende des Eltern-
beirats der Kindertages-
stätte Kerschen-
steinerstraße

„Ich hoffe, dass vor allem im Bereich der Kindertagesstätten mehr Unterstützung der Stadt kommt, etwa bei der Ausstattung im Bürobereich. Bei uns wurde ganz akut ein Kopierer benötigt. Von städtischer Seite aus war es nicht möglich, dafür Mittel zu bewilligen, so dass das auf den Schultern der Eltern ausgetragen werden musste.“



**MICHAEL
BAMMESSL,**
Stadtdekan der
Evang.-Luth. Kir-
che in Nürnberg

„Ich hoffe, dass viele Kräfte zusammenwirken, die für Familien etwas tun wollen. Es gibt viele einzelne Organisationen, wie etwa die Kirchen, die sich für Familien einsetzen. Aber wir können mehr erreichen, wenn wir zusammenhelfen. Wir haben in der Kirche selber viele Angebotsformen für Kinder, Eltern und Familien, die wir einbringen können. Wir lassen uns auch gerne von anderen anregen, wie wir unsere eigene Arbeit noch verbessern können.“



UTZ ULRICH,
Stadtrat der FDP

„Ich freue mich sehr, heute Abend hier zu sein. Ich bin absolut gespannt. Ich habe keine Erwartungen, außer dass in Nürnberg mehr für die Familien geschieht als bisher. Ich werde alle vernünftigen Anträge unterstützen, alle unvernünftigen vorsichtig ausreden und mir überlegen, wie man das Ganze voranbringen kann.“



RENATE TANDLER,
Stadträtin der CSU,
Vorsitzende der
Kinderkommission

„Vom Bündnis für Familie erwarte ich eine Verbesserung der Lebenssituation von Familien in Nürnberg. Familie sowie Kinder und Jugendliche, aber auch Ältere, sollen sich wohlfühlen können. Hierbei ist es insbesondere wichtig, dass Kinder in der Gesellschaft besser akzeptiert werden. Dies ist auch ein erklärtes Ziel der Kinderkommission. Kinder und Jugendliche müssen in ihrer Entwicklung gefördert und gestärkt, wo nötig, auch unterstützt werden. Familien sollen frühzeitig Beratung und Hilfen erhalten. Daher ist mir das Handlungsfeld Kampagne Erziehung auch besonders wichtig.“

Als Vorsitzende der Kinderkommission höre ich bei den Kinderversammlungen im gesamten Stadtgebiet die Nöte und Probleme unserer Jüngsten. Die Anregungen der Kinder werden von mir sehr ernst genommen. Es konnten bereits zahlreiche Verbesserungen erreicht werden, zum Beispiel sicherer Schulweg, Tempo 30 vor bestimmten Schulen, Verbesserungen von Spielangeboten, Öffnung der Schulhöfe.

All dies hilft dazu, ein positiveres Klima für Kinder zu schaffen. Auch durch meine berufliche Tätigkeit als Kriminalbeamtin/Drogenprävention habe ich mit den unterschiedlichsten Lebenssituationen und Lebensbedingungen in Familien Kontakt, stelle Benachteiligungen fest. Ich setze mich daher für verbesserte Hilfsangebote ein, die niedrigschwellig sein müssen und hoffe, dass so Benachteiligungen abgebaut werden können. Für mich liegen die Schwerpunkte in der Förderung von Familien und der Kampagne Erziehung.“



GEBHARD
SCHÖNFELDER,
Vorsitzender der SPD
Stadtratsfraktion

„Viele realisierbare Ideen, die das Miteinander der Generationen und verschiedenen Lebensmodellen erleichtern und die Vereinbarkeit von Haushalten mit Kindern mit dem Beruf ermöglichen.

Ich erhoffe mir davon: ein kinderfreundlicheres Klima in Nachbarschaften, Verwaltungen – ja, in der ganzen Stadt.

Ich wünsche mir keine Abwertung durch das Bündnis für Familie für die, die sich für eine andere Lebensform entschieden haben, ob Alleinstehend, mit und ohne Kinder oder als Partnerschaft mit und ohne Kinder, ohne das Plazet des Staates.

Mein bisheriges Verhalten und Agieren möchte ich ohne viel Aufhebens fortsetzen, tolerant gegenüber allen individuellen Lebensformen und Lebensgemeinschaften sein und gezielt über mein ehrenamtliches Engagement als Vorsitzender des Kinderhaus Nürnberg e. V. zeitgerechte Problemlösungen anbieten, die im oben beschriebenen Sinne wirken.

Voraussetzung dafür ist, dass sich einiges in den Köpfen der gesellschaftlichen Repräsentanten aus Politik und Wirtschaft ändert – sie haben Vorbildfunktion und sollten viele einfache Problemlösungen, die nicht neu erfunden werden müssen, sondern auf der Hand liegen, auch finanzieren.“



PETER WÜLK,
Direktor des Arbeitsamtes
Nürnberg

„Eines unserer Ziele ist es, zur Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt beizutragen. Das bedeutet in erster Linie Beschäftigungsmöglichkeiten erschließen. Hier erhoffe ich mir die Unterstützung des Bündnisses für Familie, um insbesondere Frauen mit familiären Bindungen mehr Teilzeitarbeitsplätze, mit mehr Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung, anbieten zu können.

Die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit ist für Frauen und Männer eine Herausforderung. Das Arbeitsamt Nürnberg wird im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik seinen Beitrag dazu leisten und spezielle Frauenfördermaßnahmen weiter ausbauen.“

„Wir erwarten Antworten auf die Herausforderungen, wie sich Familie und Beruf in Zukunft besser vereinbaren lassen. Wir haben im Handwerk hervorragend ausgebildete Frauen und wir können es uns auch wirtschaftlich nicht leisten, diese Kompetenzen dauerhaft auszugrenzen. Weiter müssen wir auf die neuen Familienformen reagieren, Stichwort allein Erziehende, d. h., Betreuungsangebote sind den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen.

1. Wir werden das Thema mit den Vereinen unserer Meisterfrauen diskutieren.
2. Wir planen in der Handwerkskammer eine Umfrage, welche Wünsche und Bedürfnisse bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorhanden sind, um im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Verbesserungen schaffen zu können, Stichwort Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeit.
3. Wir wollen in der Kammer eine Veranstaltung zum Thema Bündnis für Familie durchführen.“

HEINRICH MOSLER,
Präsident der Handwerks-
kammer für Mittelfranken



EINLADUNG ZUR AUFTAKTVERANSTALTUNG

STADT NÜRNBERG
DER OBERBÜRGERMEISTER

Einladung
zur Auftaktveranstaltung

Bündnis für Familie

am 23. Juli 2001, 19.00 Uhr
im Historischen Rathausaal
Rathausplatz 2



Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wollen Nürnberg noch attraktiver für Familien machen, weil wir wissen, wie stark die Zukunft unserer Stadt davon abhängt, dass sich Familien in Nürnberg wohl fühlen können, dass Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung unterstützt und gefördert werden und das dort, wo es notwendig und erforderlich ist, Familien Hilfe, Unterstützung und Beratung bekommen.

Wir wünschen uns, dass das Bündnis für Familie zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung wird, dass Familie ins Zentrum bürgerschaftlichen Engagements rückt. Arbeitsformen wie thematische „Runde Tische“, verschiedene Projekte, öffentliche Veranstaltungen und ein jährliches „Offenes Forum Familie“ machen eine möglichst breite Beteiligung der Bürgerschaft Nürnbergs nicht nur möglich, sondern auch wünschenswert und erforderlich. Daher lade ich Sie herzlich ein zu unserer Auftaktveranstaltung am 23. Juli und würde mich über Ihr Kommen freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Scholz,
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Programm

ab 18.45 Uhr **Kinderbetreuung**
in der Ehrenhalle / Rathausinnenhof

**Musikalische Begrüßung
durch die Musikschule Nürnberg**

19.00 Uhr **Ludwig Scholz,**
Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Begrüßung und Einführung

19.15 Uhr **Ingrid Mielenz,**
Berufsmäßige Stadträtin für Jugend,
Familie und Soziales

*„Kleine Netze - große Netze.
Das Bündnis für Familie als neue
Strategie kommunaler Sozialpolitik“*

19.30 Uhr **Prof. Dr. Richard Münchmeier,**
Deutsches Jugendinstitut

*„Familie heute leben. Werte, Lebensziele
und Bewältigungsaufgaben junger Menschen
heute“*

Im
Anschluss: Eröffnung des
Fränkischen Büfettis

Möglichkeit zu Information
und Austausch

Moderation des Abends:
Reiner Prölß, Leiter des Stabes
Bündnis für Familie

Organisatorisches

Anmeldung

Für die genaue Planung wird darum gebeten, den Rückantwortschein bis spätestens 13.07.2001 ausgefüllt an das Bündnis für Familie zu senden.

Wichtig: bitte angeben, ob Kinder
mitgebracht werden!

Kinderbetreuung

Wenn Kinder angemeldet werden, finden für sie betreute Spielaktionen in der Ehrenhalle und im Rathausinnenhof statt.

Bewirtung

Für die Verpflegung und den Service sorgen Auszubildende und Lehrkräfte des SOS - Berufsausbildungszentrums Nürnberg.

Musikprogramm

Für die musikalische Unterhaltung sorgt das Perkussion-Trio der Musikschule Nürnberg.

Spendenaufuf

Anstelle eines Beitrags für Speisen und Getränke wird um Spenden für die Projektarbeit des Bündnisses für Familie gebeten.

Für Überweisungen wurde ein Spendenkonto bei der Stadtparkasse Nürnberg eingerichtet:

BLZ 760 501 01 - Konto 1 010 941

bitte mit Angabe einer Haushaltsstelle:

Für **Firmenspenden:** HST. 4982.176.0000.2

Für **Privatspenden:** HST. 4982.177.0000.0

LOGO – EIN LOGO MUSS SEIN!

Für die Entwicklung des Corporate Designs für das Nürnberger Bündnis für Familie wurde ein Wettbewerb ausgelobt. Gesucht wurde eine Agentur, die ein Corporate Design mit einem Kernlogo als Basiselement entwirft.

Die Jury aus Fachleuten des familienpolitischen und werblichen Bereiches hatte die Qual der Wahl zwischen acht Entwürfen von vier Agenturen. Den Zuschlag bekam schließlich ein Entwurf der Agentur Schultze, Walther & Zahel.

Frisch, frech, lustig und sympathisch soll das Logo für die nächsten fünf Jahre für das Bündnis für Familie stehen. Alle, vom Kindergartenkind bis zu Oma und Opa, sollen sich durch das Logo angesprochen fühlen. Damit dies auch wirklich geschieht, wird es künftig immer wieder auftauchen.



Stadt will verstärkt die Interessen des Nachwuchses berücksichtigen Sozialpolitischer Impuls für Familien

Scholz: Moderne Familienpolitik in unserer Stadt zu realisieren ist ein zentrales gesellschaftliches Aufgabenfeld — Mielenz: Staat soll sich nicht zurückhalten

Oberbürgermeister Ludwig Scholz hat die Realisierung einer modernen Familienpolitik als zentrales gesellschaftliches Aufgabenfeld der Stadt bezeichnet. Bei der Eröffnungsveranstaltung „Bündnis für Familie“ am Montagabend im Historischen Rathaussaal sprach er von der Notwendigkeit, die Interessen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien „bei allen Entscheidungen der Stadtentwicklung“ stärker zu berücksichtigen (siehe auch Kommentar).

„Wir möchten mit dem Bündnis für Familie dazu beitragen, dass Familie wieder als eine selbstverständliche Größe behandelt wird“, so Scholz. Außerdem solle durch dieses Bündnis der Lebens- und Wirtschaftsraum Stadt familienfreundlich gestaltet und entwickelt werden. Dank dem bisher geleisteten nehme das Nürnberger Bündnis für Familie deutschlandweit eine Vorreiterrolle ein.

Scholz zufolge muss zur Kenntnis genommen werden, dass Kinder und Jugendliche demographisch als Bevölkerungsgruppe abnehmen. Sie dürften aber nicht aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden. Die Stadtfucht von Familien, die in den letzten Jahren zu beobachten sei, bereite der Stadt besondere Sorgen. Ludwig Scholz warnte davor, die Familie nur unter geldlichen Gesichtspunkten zu betrachten. „Allerdings müssen wir ebenso anerkennen, dass finanzielle Unterstützungsleistungen weder ein familienfreundlicheres Klima schaffen, noch durch solche Leistungen sichergestellt wird, dass Kinder und Jugendliche in ihren Familien besser aufwachsen“, gab Scholz zu bedenken.

Die Stadt überlege sich, wie eine „Familienvträglichkeitsprüfung“ sinnvoll eingeführt werden könne. Zu überlegen sei beispielsweise, wie eine familienfreundliche Schule aussehen könnte. Ganz besonders wolle man auch die Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik der Stadt einbinden, „um Mittel und Wege zu entwickeln, wie sich diese Bereiche stärker am Leben der nachwachsenden Generationen in den Familien von heute orientieren können“.

Berufliche Leistungsfähigkeit hänge eng damit zusammen, wie sie mit Familie und damit privater Zufriedenheit in Einklang zu bringen sei. Das Bündnis für Familie setze sich daher zum ehrgeizigen Ziel, ein Netzwerk „Familie und Arbeitswelt“ zu knüpfen. Nach den Vorstellungen von Ludwig Scholz soll familienbewusste Per-

sonalpolitik in Unternehmen durch einen aufzubauenden Familienservice unterstützt werden.

Sozialreferentin Ingrid Mielenz stellte die Familienpolitik als Querschnittspolitik dar, die sich in allen Bereichen wiederfinde, auch wenn diese nicht vorrangig auf Kinder, Jugendliche, Eltern und Großeltern orientiert sei. Mielenz: „Lassen Sie uns gemeinsam versuchen, uns einzumischen und dafür Sorge zu tragen, dass Familien in allen Bereichen positive Lebensbedingungen vorfinden.“ Das stärke diese Stadt, gebe bei „gelingendem Alltag“ ein gutes Lebensgefühl und zeichne den Standort aus.

Wie berichtet, hatte der Stadtrat im Juni 2000 einstimmig beschlossen, ein breites gesellschaftliches Bündnis für Familie ins Leben zu rufen. Damit sollen die Lebensbedingungen von Familien stärker in den Mittelpunkt kommunalpolitischen Handelns gerückt werden. 100 Projekte aus 1000 Ideen für ein familienfreundliches Nürnberg bis Ende 2002 lautet das ehrgeizige Ziel, mit dem das Bündnis startet.

Nach den Worten von Nürnbergs Sozialreferentin gewinnt das „Bündnis für Familie“ an Fahrt, „das ist eine Ermutigung für unsere Arbeit“. Viele Aufgaben, die Familien als Lebensgemeinschaft übernommen hätten, könnten nicht mehr allein durch die Familien erbracht werden. Mielenz meinte, nicht Zurückhaltung des Staates, sondern die Förderung und Stärkung stünden im Vordergrund.

Nürnberg hat etwa 256 000 Haushalte, davon sind 188 000 Haushalte ohne Kinder, 68 000 mit Kindern, das entspricht einem Anteil von 26,5 Prozent. In 37 000 Haushalten leben Erwachsene mit einem Kind.

Angesichts einer laut Mielenz gut ausgebauten Infrastruktur Nürnbergs mit großem sozialpolitischen und fachlichen Engagement der Stadt seien gute Voraussetzungen für ein Bündnis für Familien gegeben — „für einen neuen sozialpolitischen Impuls im großen Netz der Stadt Nürnberg“.

-we-

Nürnberger
Zeitung,
25. JULI 2001

1000 Ideen für eine

Bundesweit einzigartig:

Über die aktuellen Meldungen zum Thema Familie das Hochkonjunktur kann man nur staunen. Da wird einerseits durch die Titelgeschichte eines Nachrichten-Magazins der „Neue Mutterstolz“ am Beispiel von Pop-Ikone Madonna, Tennis-Nationalheldin Steffi Graf und anderen prominenten Frauen propagiert. Der Artikel kommt einem Plädoyer für „Kinder statt Karriere“ gleich. Andererseits bewirbt ein Verlag seinen unter dem Titel „Kinder ein berechenbares Risiko?“ erschienenen „Finanzratgeber für Eltern“ mit dramatischen Rechenexempeln.

Und die Realität zwischen Schönfärberei und Schwarzmalerei? Statistiken zeugen von problematischen Entwicklungen. In Nürnberg gibt es insgesamt rund 256 000 Haushalte, 188 000 davon sind kinderlos, in den übrigen 68 000 (26,4 Prozent) leben Kinder: 37 000 Haushalte (14,4 Prozent) bestehen aus Erwachsenen und einem Kind, zu 24 000 Haushalten (9,3 Prozent) gehören Erwachsene und zwei Kinder, nur in 7000 Haushalten (2,7 Prozent) gibt es drei und mehr Kinder. Die Nürnberger Zahlen sind exemplarisch für die Situation in deutschen Großstädten und ein Alarmzeichen.

Familie als selbstverständliche Größe

Als Reaktion darauf hat der Nürnberger Stadtrat im Juni 2000 einstimmig beschlossen, das „Bündnis für Familie“ ins Leben zu rufen. In der Auftaktveranstaltung Ende Juli 2001 erklärte Oberbürgermeister Ludwig Scholz: „Eine moderne Familienpolitik in unserer Stadt zu realisieren, ist ein zentrales gesellschaftspolitisches Anliegen. Das „Bündnis für Familie“ soll dazu beitragen, „dass Familie wieder als eine selbstverständliche Größe behandelt und der Lebens- und Wirtschaftsraum Stadt familienfreundlich gestaltet wird.“ Entsprechende Maßnahmen sind gemäß Scholz aus einer Reihe von Gründen nötig.

Kinder dürfen nicht aus der Wahrnehmung verschwinden

In diesem Zusammenhang ist nicht nur die demografische Tatsache zu nennen, dass Kinder und Jugendliche als Bevölkerungsgruppe abnehmen. „Sie dürfen aber nicht aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden“, betonte der Oberbürgermeister. Besorgt äußerte er sich über die „Stadtflucht, die wir in den letzten Jahren beobachten mussten“ sowie über die Reduzierung von Kindern zu Kostenfaktoren. Für Scholz weisen solche Darstellungen auf einen „ungünstigen Trend hin, nämlich dass Kinder nicht mehr als Wert an sich erkannt werden“.

Seiner Auffassung nach kann man „Familie nicht nur unter monetären Gesichtspunkten betrachten“ und „das Glück, die Freude und den Reichtum, den Kinder bereiten, nicht in Mark ausdrücken. Dennoch können wir die wirtschaftlichen Faktoren, die mit Familie verbunden sind, nicht ignorieren. Allerdings müssen wir ebenso anerkennen, dass finanzielle Unterstützungsleistungen weder ein familienfreundlicheres Klima schaffen, noch durch solche Leistungen sichergestellt wird, dass Kinder und Jugendliche in ihren Familien besser aufwachsen.“

So wird durch das Nürnberger „Bündnis für Familie“ ein neuer Ansatz erprobt, der auf Intensivierung von Information und Beratung und vor allem auf Vernetzung der Vielzahl vorhandener Angebote zur Unterstützung von Familien setzt. Mit dieser kommunalpolitischen Initiative übernimmt Nürnberg, wie Scholz betont, „in Bayern und deutschlandweit eine Vorreiterrolle“. Um die für das Gelingen erforderliche Breitenwirkung zu erreichen, wurden für den Lenkungsausschuss, dessen 1. Vorsitzender Oberbürgermeister Scholz ist, Vertreter der Stadtverwaltung, der Parteien und sämtlicher Institutionen des gesellschaftlichen Spektrums gewonnen.

familienfreundliche Stadt

„Bündnis für Familie“ in Nürnberg

Bündnispartner von Industrie bis Kirche

Die Mitglieder des Gremiums reichen von Hans-Peter Schmidt (Präsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg für Mittelfranken), Heinrich Mosler (Präsident der Handwerkskammer für Mittelfranken) und Harald Weidinger (Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds) bis zu den Dekanen Theo Kellerer (kath. Stadtkirche) und Michael Bamessel (evang.-luth. Dekanat Nürnberg). Als „Bündnispartner“ sind von Wohlfahrtsverbänden und Familienbildungsstätten bis zu Elternbeiräten Einzelpersonen und Vertreter aller für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zuständigen Einrichtungen gefragt. Zur Umsetzung des „Bündnisses für Familie“, das beim Referat für Jugend, Familie und Soziales angesiedelt ist, wurde ein eigener Stab unter der Leitung von Reiner Pröbß eingerichtet.

Das Team, das seine Arbeit im April 2001 aufnahm, ist zuständig für Anregungen, Kontaktknüpfung und Koordination zwischen den Aktivposten. Allerdings soll, so Pröbß, „keine neue Verwaltungseinheit entstehen, sondern ein familienpolitischer Schub gegeben werden“.

Entsprechend sind eine sukzessive Verringerung der städtischen Zuschüsse im Lauf der Zeit und eine Befristung auf fünf Jahre vorgesehen. In diesem Zeitraum soll sich das vernetzte System etablieren und zum „Selbstläufer“ werden. „100 Projekte aus 1000 Ideen“, lautet das Ziel, das durch das „Bündnis für Familie“ schon bis Ende 2002 umgesetzt werden soll. Dabei gilt es der Nürnberger Sozialreferentin Ingrid Mielenz gemäß, ganz unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden, denn es gibt „keine einheitliche Bedarfs- und Interessenlage von Familien“.

Unterstützung durch Dritte für Familien

Vielmehr muss gleichermaßen berücksichtigt werden, „was Kleinkinder in ihrem Umfeld benötigen, welche Wünsche und Bedürfnisse Jugendliche haben, was sich berufstätige Mütter von der Stadtverwaltung und der Organisation des öffentlichen Lebens erwarten und welche Bedingungen ältere Menschen brauchen, um am Leben in unserer Stadt teilzuhaben“. Handlungsbedarf durch das „Bündnis Familie“ entsteht nicht zuletzt dadurch, weil, wie Mielenz erläutert, „viele Aufgaben, die Familien als Lebensgemeinschaften übernommen haben, nicht mehr allein durch die Familien erfüllt werden können. Hier bedarf es der „Unterstützung durch Dritte“, etwa in Form von Nachbarschaftshilfe oder durch Kommune und Staat: „Nicht die Zurückhaltung des Staates, sondern die Förderung und Stärkung stehen im Vordergrund.“

Besondere Bedeutung bekommt das „Bündnis für Familie“ als zukunftsorientiertes Projekt, wie Jugendforscher Richard Münchmeier bewusst machte. Neben einem Beruf, der „sinnvoll ist, Spaß macht und selbstverwirklichung ermöglicht“, ist laut Shell-Studie die Familie das „wichtigste Lebenskonzept“ der befragten Jugendlichen. Entgegen alle Gerüchten von „Werteerosion“, Ich-Bezogenheit und Spaß-Fixierung wünschen sich die 15- bis 24-jährigen eine „glückliche Partnerschaft“ (79 Prozent), die „Gründung einer eigenen Familie“ (71 Prozent) und wollen „Kindern ein sicheres Zuhause bieten“ (76 Prozent).

Elisabeth Zeitler

Informationen: Bündnis für Familie, Spitalgasse 22, 90403 Nürnberg, Tel. 0911/231-73 56; Fax 0911/231-73 55; Internet: www.bff-nbg.de; e-mail: bff@stadt.nuernberg.de

„Bündnis für Familien“ startet seine „Kampagne Erziehung“

Kein erhobener Zeigefinger
Sozialministerium lobt innovative Ideen -
900 000 Mark Zuschuss

Das „Bündnis für Familien“ will die Erziehungsfähigkeit in den Familien stärken, ohne dabei durch einen erhobenen Zeigefinger zu verprellen.

Dies hat Sozialreferentin Ingrid Mielenz bei einer gestrigen Tagung von rund 100 Fachkräften aus Nürnbergs Beratungsstellen, Schulverwaltung, Elternverbänden, Kinder- und Jugendarbeit, Polizei und Justiz betont. Die 75 Einrichtungen im Stadtgebiet sollen stärker vernetzt werden. Ratsuchende will man gezielt auf die unterschiedlichen Hilfen aufmerksam machen.

„Wir präsentieren keine neuen Angebote. Die vorhandenen sollen sich stärker an den Bedürfnissen der Familien orientieren“, sagt Karin Reiser vom bayerischen Sozialministerium, welches das Nürnberger Vorhaben in den nächsten drei Jahren mit insgesamt 900 000 Mark unterstützt. „Nürnberg hat mit seinen innovativen Ideen im Kinder- und Jugendhilfebereich wieder einmal Pilotfunktion für Bayern“, lobt die Regierungsdirektorin, „was mich an der hiesigen ‚Kampagne Erziehung‘ besonders fasziniert, ist der Präventionsansatz.“ Denn rund 400 Millionen Mark (von insgesamt 2,7 Milliarden Mark für Kinder- und Jugendhilfe im Freistaat) fließen jährlich immer noch in die Heimerziehung. Nicht warten, bis man schon tief in den Problemen steckt, empfiehlt Referentin Mielenz, sondern die Hemmschwelle überwinden und eine Erziehungsberatung aufsuchen. Die jetzt angelaufene „Kampagne Erziehung“ will das Finden des richtigen Ansprechpartners erleichtern.

Mit der „Kampagne“ - eines von fünf Betätigungsfeldern des hiesigen „Bündnisses für Familien“ - will das zuständige Jugendamt aber nicht „das Rad neu erfinden“. Es gehe vielmehr darum, das Selbstbewusstsein von Eltern zu stärken und mit kleinen Schritten zu beginnen. „Man soll sich bewusst eine viertel oder halbe Stunde am Tag Zeit fürs Kind nehmen und genau zuhören“, nennt Maria Schreiber vom Jugendamt als Beispiel.

Mit Fortbildungsangeboten und Diskussionen will das Jugendamt mit der „Kampagne Erziehung“ möglichst viele Eltern und Pädagogen erreichen. Das erklärte Ziel ist, in drei Jahren ein besseres Klima bei der Erziehung zu schaffen.

HARTMUT VOIGT
Nürnberger Nachrichten vom 27. Juli 2001

„Bündnis“ startet Aktivitäten

Familien stärken
Mielenz: „Mehr Lust auf Kinder“

Eine freundlich lächelnde Blume mit fünf bunten Blütenblättern - mit diesem Logo wirbt das städtische „Bündnis für Familien“ um Aufmerksamkeit. Denn die Situation der Familien ist bedenklich: In nur 68 000 von insgesamt 256 000 Nürnberger Haushalten leben noch Kinder, das sind lediglich 26,5 Prozent. Davon sind 37 000 Haushalte mit einem Kind registriert, 24 000 mit zwei Knirpsen und 7000 mit mehreren Buben oder Mädchen. „Das ist die typische Situation für eine deutsche Großstadt“, merkt Sozialreferentin Ingrid Mielenz an, „die Single-Haushalte und die Zahl der Alleinerziehenden sind deutlich angestiegen.“

Im „Bündnis für Familien“ gibt es einen Lenkungsausschuss, in dem Stadtverwaltung, Parteien und gesellschaftliche Gruppen vertreten sind. An „Runden Tischen“ diskutieren zeitlich befristete Arbeitsgruppen bestimmte Themen. Ein „offenes Forum Familie“ richtet einmal im Jahr einen Fachkongress aus. Geschäftsführend für das Bündnis ist der „Stab Familie“ unter der Leitung von Reiner Pröhl.

100 Projekte geplant

Sozialdemokratin Mielenz möchte mit dem Zusammenschluss „mehr Lust auf Kinder und junge Menschen machen“ und die Lebensform der Familie wieder stärker in den Vordergrund rücken. Mit 100 Projekten bis Ende 2002 will man vorhandene Angebote für Familien vorstellen, aber auch neue Ideen und Aktionen voranbringen. Die Auftaktveranstaltung ist am Montag, 23. Juli, ab 19 Uhr im historischen Rathaussaal. Den Festvortrag hält Professor Richard Münchmeier von der Freien Universität Berlin, sein Thema: „Familie heute leben. Werte, Lebensziele und Bewältigungsaufgaben junger Menschen heute“.

Fünf Handlungsfelder - dafür stehen die fünf Blütenblätter des Logos - will das „Bündnis“ beackern: Die „Kampagne Erziehung“ unter der Federführung des Jugendamts, die Förder- und Beratungsangebote, das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt“, den Lebensraum Stadt mit seinen Bädern und Parks sowie die verstärkte Teilnahme an Bildung und Kultur. In Kürze kann man sich im Internet (www.bff-nbg.de) über das „Bündnis“ informieren.

hv
Nürnberger Nachrichten vom 21. Juli 2001

„Bündnis für Familie“

Ein fröhliches Blumenlogo mit fünf bunten Blütenblättern symbolisiert die fünf Themen des „Bündnisses für Familie“: Die „Kampagne Erziehung“ wird als dreijähriges Modellprojekt durch das Bayerische Sozialministerium für Arbeit und Sozialordnung mit einem Fördervolumen von 300 000 Mark pro Jahr unterstützt. Das vom Nürnberger Jugendamt initiierte Projekt zielt auf die Stärkung der erzieherischen Kompetenz von Eltern und allen anderen Erziehungsberechtigten ab und soll gleichzeitig ein „positives Erziehungsklima“ in der Stadt schaffen.

Unter dem Motto „Förderung der Familie“ werden die vielfältigen Angebote, die es bereits gibt, vernetzt und weiterentwickelt. Darüber hinaus soll es leichter für Familien werden, sich über Angebote zu informieren, etwa durch eine Website und eine Kindertagesstätten-Übersicht im Internet, Beschreibungen der Betreuungsstätten und Links zu den jeweiligen Homepages. Als Begegnungsforum im Stadtviertel werden Kindertagesstätten erprobt. Besonderes Interesse gilt der Situation Alleinerziehender, deren Zusammenhang mit Armut in einer Studie untersucht werden soll, um Verbesserungsvorschläge erarbeiten zu können.

Im Handlungsfeld „Familie, Bildung und Kultur“ wird daran gearbeitet, Familien die Teilnahme am kulturellen Leben zu erleichtern, etwa durch günstigere Preisgestaltung, Initiativen für eine „familienfreundlichere Schule“ und die Weiterentwicklung der Eltern- und Familienbildung. „Lebenraum Stadt“ sieht die Berücksichtigung der Belange von Familien bei allen wichtigen Maßnahmen der Stadtentwicklung und Bauplanung vor. Gedacht ist an die „Anlage von Parks und Plätzen als Orte generationenübergreifender Begegnungen“.

Beträchtlichen Handlungsbedarf gibt es bei „Familie und Arbeitswelt“, dem Schwerpunkt des kommenden Jahres. Es greift die aus den USA importierte Idee des „Family-Friendly-Index“ auf, die im Auftrag der Hertie-Stiftung Deutschland weiterentwickelt und auf deutsche Verhältnisse abgestimmt wurde. In Gang gebracht werden soll ein „Prozess zur Verbesserung einer familienbewussten Personalpolitik und die Herstellung einer tragfähigen Balance zwischen Unternehmerinteressen und Mitarbeiterbelangen“. Dabei geht es um flexible Arbeitszeitgestaltung und flankierenden Service für Familien in Form von Versorgungsarrangements für Kinder. E.Z.

BAYERISCHE STAATSZEITUNG 19.10.2001

Eine Million für die Kinder

Stadt Nürnberg will Lage der Familien unbürokratisch verbessern

Reiner Pröll, Leiter des Nürnberger Stabs für Familie ist stolz: „Deutschland schaut auf uns, es gab Anfragen aus vielen anderen Städten“. Der Stadtrat hat im Jahr 2000 ein einzigartiges „Bündnis für Familie“ ins Leben gerufen und dafür eine Million Mark bereitgestellt. Ziel: 100 Projekte aus 1000 Ideen sollen Nürnberg familienfreundlicher machen – bis Ende 2002. Der Startschuss ist gefallen, jetzt werden Ideen gesammelt und alle Nürnberger sind gefragt. „Das soll keine neue bürokratische Schleife werden, wir werden ab sofort Schritt für Schritt Vorschläge umsetzen“, verspricht Reiner Pröll. Sozialreferentin Ingrid Mielenz stellt die Grundfrage: „Was muß getan werden, damit sich die Menschen aufgehoben fühlen?“ Danach ergaben sich fünf Aufgabenfelder:

■ **Erziehung** – Eltern sollen im Umgang mit Kindern geschult werden – für ein „positives Erziehungsklima“.

■ **Bildung und Kultur** – Familien sollen häufiger am kulturellen Leben teilnehmen können – durch familiengerechte Angebote und Preise.

■ **Lebensraum** – zukünftig werden Bauplanung und Stadtentwicklung auf „Familienverträglichkeit“ überprüft. Schwimmbäder, Parks und Spielplätze sollen familiengerechter werden.

■ **Beratung und Förderung** – Beratungs- und Betreuungsangebote werden erweitert. Eine Website informiert über Kindertagesstätten. Eine Studie untersucht den Zusammenhang „Alleinerziehend – Armut“.

■ **Beruf und Familie** – Betriebe werden aufgefordert, familienbewusster zu planen. Eine Mitarbeiterberatung könnte Beruf und Familienleben aufeinander abstimmen.

Das Bündnis ist jedoch nur ein Anstoß. Langfristig hofft Ingrid Mielenz auf viel Eigeninitiative der Bürger und Betriebe. Hintergrund ist die zunehmende Abwanderung von Familien aus Nürnberg – von den 256 000 Haushalten haben nur 26,5 Prozent Kinder. Die Stadt möchte deshalb die „Lust auf Familie“ wieder steigern.

Kevin Körner
Für Vorschläge: Bündnis für Familie, Telefon: 0911-231-76-56

Abendzeitung,
21./22.7.2001

VORSCHLÄGE FÜR EIN

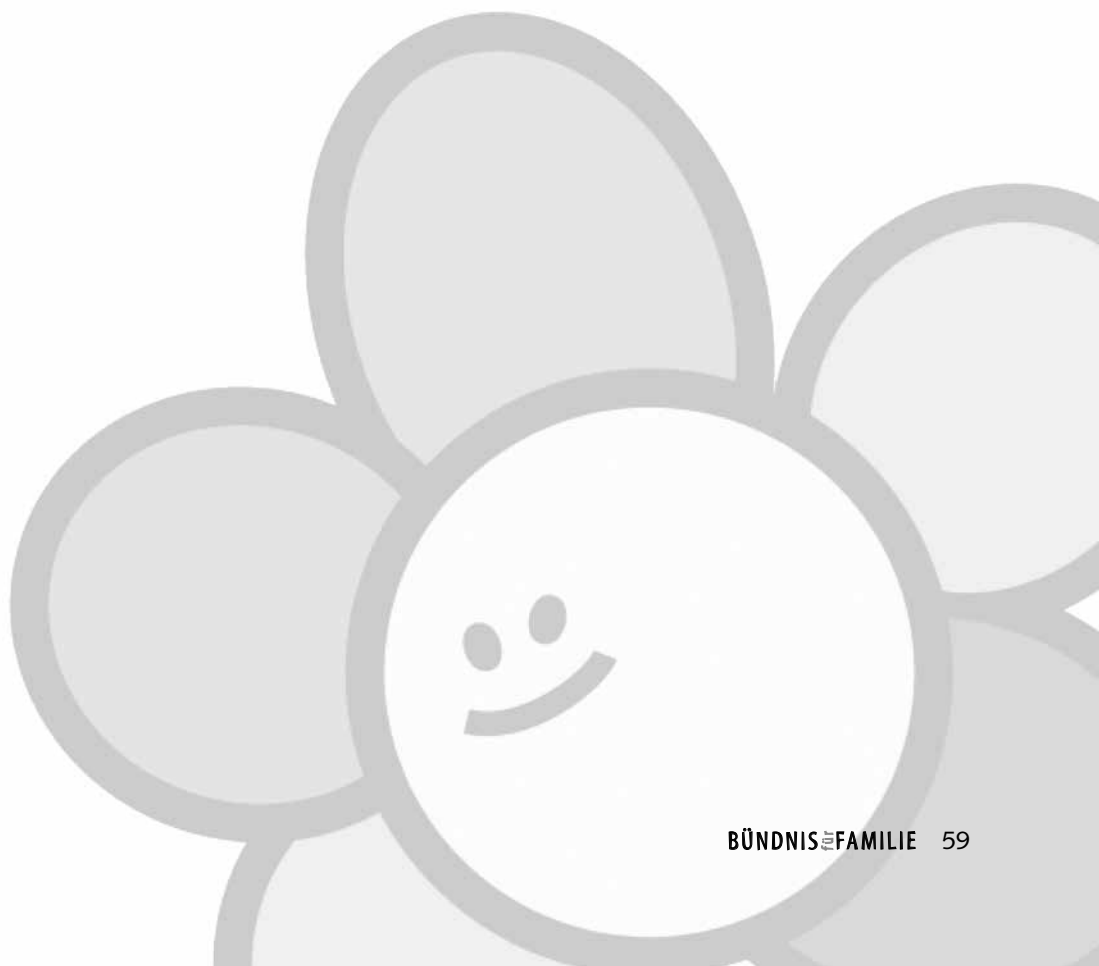
BÜNDNIS FÜR FAMILIE

UMSETZUNGSKONZEPT

UND DAS PROGRAMM

"EINE MILLION FÜR EIN FAMILIENFREUNDLICHES NÜRNBERG"

VORLAGE FÜR DIE SITZUNG DES JUGENDHILFEAUSSCHUSSES
DER STADT NÜRNBERG AM 26.10.2000 UND BESCHLUSS



VORLAGE FÜR DEN JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Vorbemerkung

1. Politik für Familien
 - 1.1 Familie: Anmerkungen zum Begriff
 - 1.2 Was ist Familienpolitik?
 - 1.3 Gibt es eine kommunale Familienpolitik?
 - 1.4 Familie in Nürnberg
 - 1.5 Strukturelle Fragen, Verankerung in der Kommunalverwaltung

2. Bündnis für Familie: Vorschläge zur Organisation
 - 2.1 Was muss die Organisationsform leisten?
 - 2.2 Beteiligung organisieren: Die Struktur des „Bündnis für Familie“
 - 2.3 Gremien des Bündnisses: Zusammensetzung und Aufgaben
 - 2.4 Instrumente
 - 2.5 Verwaltungsmäßige Begleitung und operative Umsetzung des „Bündnis für Familie“: Der „Stab-Familie“
 - 2.6 Finanzierung: Eine Million für ein familienfreundliches Nürnberg

3. Weiteres Verfahren

Beilagen:

- Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 19.04.2000
- Beschluss des Stadtrates vom 28.06.2000

VORBEMERKUNG

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 28.06.2000 den Antrag der CSU Stadtratsfraktion vom 19.04.2000 „Bündnis für Familien“ (siehe Beilage) beraten und einstimmig den Beschluss gefasst, einen „Runden Tisch“ zur Diskussion von familienpolitischen Vorschlägen und Ideen einzurichten, um somit ein breites gesellschaftspolitisches Bündnis für Familien zu initiieren (siehe Ziffer 1 und 2 des Antrags).

In Ziffer 3 des Antrags werden einige Leitlinien des Bündnisses aufgeführt und in Ziffer 4 eine Reihe von Vorschlägen zur konkreten Umsetzung aufgelistet.

Die Ziffern 5 und 6 zielen darauf, dass Planung und Stadtentwicklung stärker die Bedürfnisse von Familien berücksichtigen und mit der Ziffer 7 wird dann aufgefordert, den Sonntag als gemeinsamen freien Tag für die Familie zu erhalten. Die Behandlung dieser Ziffern wurden an die jeweils zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Der Beschluss des Stadtrats wurde zur weiteren Bearbeitung an das Referat für Jugend, Familie und Soziales verwiesen. Da sich entsprechend seines gesetzlichen Auftrages der Jugendhilfeausschuss „mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familie ...“ (SGB VIII, § 71.2) befasst, geht Ref. V davon aus, dass der Antrag zuerst (also auch die Ziffern 5 und 6) im Jugendhilfeausschuss erörtert wird.

Der Antrag der CSU-Fraktion „Bündnis für Familien“ beinhaltet im wesentlichen folgende Komplexe:

- die Einführung eines „Runden Tisches für Familien“,
- die Einflussnahme auf den Gesamtbereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung,

- konkrete Maßnahmen und Projekte für Kinder, Jugendliche und ihre Familien und
- die Erhaltung des arbeitsfreien Sonntags als Familientag

Ausdrücklich ist im Stadtrat noch darauf hingewiesen worden, dass es sich bei dieser Initiative nicht nur um die Aspekte „Kinder, Jugendliche und ihre Familien“ handelt, sondern dass Familie grundsätzlich und weiter gedacht werden sollte (Einbeziehung der verschiedenen Generationen, also auch der älteren).

Die vorliegende Verwaltungsvorlage gliedert sich in vier Punkte:

1. Im ersten Punkt wird der Gegenstand des „Bündnisses für Familie“ untersucht, also der Fragen nachgespürt, wie definiert sich Familie, was ist Familienpolitik, wie sieht die Situation von Familien in Nürnberg aus.
2. Im zweiten Teil werden Überlegungen zur Struktur und zur Organisation des „Bündnisses für Familien“ angestellt und Vorschläge dazu entwickelt.
3. Im dritten Punkt wird das weitere Verfahren vorgestellt und
4. Im vierten Punkt erfolgt auf Grundlage der in Ziffer 3 des CSU-Antrags aufgeführten Leitlinien zur Umsetzung des Bündnisses und der zahlreichen Vorschläge in Ziffer 4 eine erste – aufgrund der Kürze der Zeit zwischen Beschlussfassung und Vorlage – noch unvollständige Bestandsaufnahme, die auf einer Umfrage basiert. Die Verwaltung hat sich entschlossen, die Ergebnisse der Umfrage auch unvollständig mit vorzulegen, weil sich doch ein eindrucksvoller Überblick über das ergibt, was schon geleistet wird und wo noch zusätzlicher Bedarf besteht.*

*Diese Anlage ist in dieser Broschüre nicht abgedruckt. Eine überarbeitete und aktualisierte Bestandsaufnahme wird voraussichtlich Anfang 2002 beim Bündnis für Familie zu erhalten sein.

1. POLITIK FÜR FAMILIEN

1.1 FAMILIE: ANMERKUNGEN ZUM BEGRIFF

Eine einheitliche Auffassung, was man als Familie bezeichnet, gibt es weder im Alltag noch in der Wissenschaft, obwohl das Wort seit dem 16. Jahrhundert in die deutsche Sprache aufgenommen wurde. Es kann deshalb nicht Aufgabe dieser Vorlage sein, in einem rechtlichen, familiensoziologischen und familienpolitischen Disput über die richtige Definition von Familie zu führen und abschließend zu beurteilen. Wohl ist es aber notwendig, sich darauf zu verständigen, was der eigentliche Gegenstand dieses „Bündnis für Familie“ ist. Für eine solch pragmatische Herangehensweise, ist es sinnvoll, sich über einige wichtige Fakten und Entwicklungen in aller Kürze zu verständigen.

Zuerst ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass es zwei verschiedene Perspektiven gibt, um Familie zu betrachten. Unter makrosoziologischer Perspektive wird Familie als eine soziale Institution bezeichnet, die bestimmte gesellschaftliche Leistungen erbringt bzw. zu erbringen hat, beispielsweise die Reproduktions-, Sozialisations-, Freizeitfunktion, die Aufgabe von Pflege und Erziehung usw.. Früher hatte Familie u. a. Kult- oder Gerichts-/Schlichtungsfunktion usw. Diese makrosoziologische Betrachtung führt dazu, dass vielfach von einem Funktionsverlust der Familie gesprochen wird. Diese eher defizitäre Betrachtung von Familie ist aber bei genauem Hinsehen nicht ganz richtig,

weil im Verlauf des sozialen Wandels sich auch die gesellschaftliche Bedeutung von Leistungen/Funktionen, die die Familie erbringen soll, verändert haben. Es wäre deshalb sinnvoller, von einem „Funktionswandel“ der Familie zu sprechen.

Die zweite Perspektive ist eine mikrosoziologische, d. h., Familie wird als gesellschaftliches Teilsystem oder als eine Gruppe besonderer Art gesehen, die gekennzeichnet ist durch eine spezifische Binnenstruktur, nämlich durch festgelegte sozialen Rollen und durch eine bestimmte Qualität von Beziehungen zwischen den Mitgliedern. Diese Betrachtung führt dann zu einer Betrachtung

von Familienstrukturen und zu Definitionen wie „Kernfamilie“, „Mehr-Generationen-Familie“, „Großfamilie“ etc.

Während vor wenigen Jahren in den westlichen Industriegesellschaften mit Familie noch eine Kleingruppe bestehend aus einem Ehepaar und seinen gemeinsamen (unmündigen, unverheirateten) Kindern, die in dauerhaften Haushaltsgemeinschaften zusammenleben, sogenannte „vollständige Familien“, verstanden wurden (im Gegensatz zu unvollständigen Familien), eignet sich diese Definition heute nicht mehr aufgrund der Veränderungen familiärer Lebensformen als Grundlage sozialpolitischen Handelns.

Diese Veränderungen sind wie folgt zu beschreiben:

- Die Zahl der Familienhaushalte hat in den letzten Jahren stark abgenommen, die Zahl der Einpersonenhaushalte nimmt zu, weil immer mehr junge und alte Menschen ihren eigenen Haushalt haben.
- Die demografische Entwicklung: Der Anteil der älteren Menschen steigt stetig an. Der Anteil der Haushalte von alleinerziehenden Eltern ist deutlich angestiegen (ca. 10 % aller Haushalte).
- Das durchschnittliche Erstheiratsalter ist in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Ebenso steigen die Ehescheidungsraten, wenngleich in Wellen und Sprüngen, kontinuierlich an.
- Die Geburtenrate ist rückläufig und wird nur durch die höhere Geburtenrate der nicht deutschen Bevölkerung annähernd kompensiert.
- Die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften nimmt zu.
- Zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz, rechtliche Besserstellung in Rechten und Pflichten von gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

Es wäre aber falsch, trotz all dieser Tendenzen von einem Bedeutungsverlust oder Werteverlust der Familie zu sprechen. Empirische Erhebungen zeigen deutlich, dass die Familie – etwas weniger als die Ehe – in der bundesrepublikanischen Bevölkerung in der Wertschätzung die oberste Priorität belegt. Besonders die aktuellen Jugendstudien machen deutlich, dass eine intakte Familie bei

den Zukunftswünschen junger Mensch an vorderster Stelle steht und hohe Bedeutung hat.

Aufgrund dieser skizzierten Entwicklungen, der Individualisierung von Lebensstilen und der Pluralisierung von Familienformen soll dem „Bündnis für Familie“ folgendes pragmatische Verständnis zugrunde gelegt werden:

Familie wird verstanden als „Lebensgemeinschaft von Menschen unterschiedlicher Generationen, die in einem (auch biologisch, rechtlich oder sozial) begründetem Nachkommensverhältnis zueinander stehen und die, soweit sie unterstützungsbedürftig sind (wie Kinder oder kurz- oder langfristig Pflegebedürftige) von anderen Mitglieder die notwendige Unterstützung erwarten können.“ (Granitzka, U: Familie) in Fachlexikon der sozialen Arbeit, Hrg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, 4. Auflage 1997, S. 312

1.2.. WAS IST FAMILIENPOLITIK?

Ebenso wie es keine allgemeingültige Definition von Familie gibt, gibt es keine exakte Beschreibung dessen was man als Familienpolitik bezeichnet. Familienpolitik ist nicht ein Politikfeld neben anderen (obwohl es auch Familienpolitik im engeren Sinne gibt), sondern eine Querschnittspolitik, mit einer Schutz- und Förderfunktion der Familie in allen Politikbereichen. Sie ist also Gesellschaftspolitik per se zur Umsetzung des Verfassungsauftrags des Art. 6 Abs. 1 GG, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt.

Neben der Familienpolitik im engeren Sinne, also z. B. der Regelung der rechtlichen Beziehungen innerhalb der Familie (4. Buch des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB)) oder

speziellen Förderleistungen für Familie, z. B. Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Schwangeren- und Familienhilfegesetz, Kinder- und Jugendhilfegesetz etc., gehört zur Familienpolitik auch, ein Gestaltungsauftrag, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (siehe Einigungsvertrag über den Beitritt der DDR zur BRD, 2. Gleichberechtigungsgesetz) zu gewährleisten. Sie ist also auch Wirtschaftspolitik, sie ist Wohnungs- und Stadtentwicklung, Bildungspolitik, Steuerpolitik etc. Familienpolitik ist „überall“, wenngleich in der Regel besondere Leistungen für Familien im Sinne von materiellen Vergünstigungen (Steuer, besondere materielle Leistungen) oder besonderen Schutzrechten die familienpolitische Diskussion bestimmen.

1.3 GIBT ES EINE KOMMUNALE FAMILIENPOLITIK?

„Die Zukunftsfähigkeit der Kommunen hängt entscheidend davon ab, ob Familien mit Kindern an einem Ort oder in einer Region gern leben und ob es ihnen dort gelingen kann, Familienaufgaben im konkreten Alltag ihrer Lebensräume zu bewältigen“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Handbuch der örtlichen regionalen Familienpolitik, Vorwort von Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Geißler 1996, S. VII).

„Örtliche und regionale Familienpolitik ist heute ein selbstverständlicher Bestandteil einer generationsbezogenen sozialen Strukturpolitik und Entwicklungspolitik der Kommunen“ (ebenda, Vorwort von Bundesministerin Claudia Nolte, S V).

Diese beiden Zitate machen bereits den schwierigen Definitionsrahmen für kommunale Familienpolitik deutlich. Viele meinen, die spezielle kommunale Familienpolitik an

sich gibt es gar nicht. Versucht man einen Vergleich zur bundes- oder landespolitischen Ebene, dann ist durchaus richtig, dass es eine kommunale Familienpolitik im engeren Sinne nur marginal gibt, da eine solche Politik in der Regel mit besonderen individuellen Förderleistungen oder besonderen Schutzrechten zu tun hat. Kommunale Familienpolitik nur auf diese Leistungsbereiche (wie z. B. kommunales Erziehungsgeld, kommunale Förderung von Wohnbau für Familien) zu beziehen wäre aber zu kurz gedacht. Auch zu glauben, die Summe von kommunaler Jugend-, Sozial-, Senioren- und Frauenpolitik ist Familienpolitik, würde zu kurz greifen.

Das Handbuch der örtlichen und regionalen Familienpolitik des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend definiert Kommunale Familienpolitik wie folgt:

1. Kommunale Familienpolitik zielt auf die Sicherung und Stärkung der sozialen, kulturellen, gesundheitlichen und ökonomischen Strukturen in der Kommune, ihren Bezirken und Nachbarschaften.
2. Sie unterstützt die Familien bei der Entwicklung und Pflege des Humanvermögens, d. h.,
 - sie erleichtert die Entscheidung für ein Leben mit Kindern durch kinderfreundliche Rahmenbedingungen im Wohnbereich, am Arbeitsplatz etc.
 - sie unterstützt die Vermittlung von Fachwissen und Daseinswissen,
 - sie stärkt die Selbsthilfekräfte in Familiennetzen und Nachbarschaften sowie in Familieninitiativen und Selbsthilfegruppen
3. Sie wirkt auf ein familienfreundliches Klima hin und bietet den jungen Menschen verlässliche Rahmenbedingungen für ihre langfristigen biografischen Entscheidungen.“ (ebenda, S. 25)

Nach diesem definitiven Verständnis wird in dem Handbuch Familienpolitik bzw. Familienförderung als eine zentrale und bedeutsame Strategie der Kommunalentwicklung gesehen.

Zehn Gründe für eine örtliche Familienpolitik werden genannt:

1. Humanvermögen im Wettbewerb der Regionen
2. Familiennetze – Kleinst soziale Infrastruktur in den Gemeinwesen
3. Leistungen der Familie – Nutzen für die örtlichen Gemeinwesen
4. Kommunale Familienpolitik – Impuls für die Zukunftsentwicklung für die Kommunen
5. Prioritäten – das magische Fünfeck der Kommunalentwicklung (die „Ecken“: Einwohnerstruktur – Wirtschaftsstruktur – Wohnung, Versorgung, Verkehr – Kommunale Selbstverwaltung – Soziale und kulturelle Infrastruktur)
6. Knappe Kassen – Intelligentes Management der Alltagsaufgaben
7. Bürgerbeteiligung und Selbstorganisation – Kompetenz und Engagement der Familien
8. Strukturelle Rücksichtslosigkeiten – Förderung eines familienfreundlichen Klimas
9. Kommunale Familienpolitik – Eigenständiger Ansatz neben Frauen-, Kinder-, Jugend- und Altenpolitik
10. Familienförderung – Verfassungsauftrag auf allen staatlichen Ebenen (ebenda, S. 15)

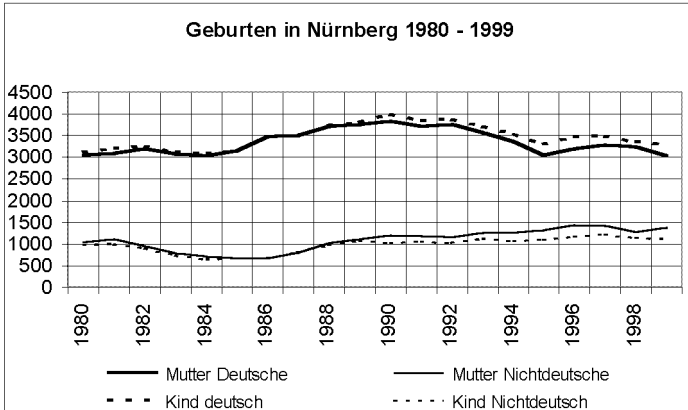
So gesehen wird also kommunale Familienpolitik zum Zentrum kommunalpolitischen Handelns.

Allerdings ist auch festzuhalten, dass es in der Familienpolitik insgesamt, besonders wenn es um die Lebensbedingungen im Alltag geht, gerade auf kommunaler Ebene immer um ein Austarieren verschiedenster Interessen geht. Das „Familienbedürfnis“ wird es so nicht geben. Die Interessen von Kindern kollidieren oft mit denen älterer Leute, Jugendliche wollen etwas anderes als ihre Eltern, es gibt unterschiedliche geschlechtsspezifische Erwartungen usw. Diese Interes-

sens- und Bedürfnisunterschiede materialisieren sich in den unterschiedlichen Bereichen und können zu Konflikten werden, z. B. beim Wohnen, im Wohnumfeld, bei der Verkehrsplanung, im Kultur- und Sportbereich usw.

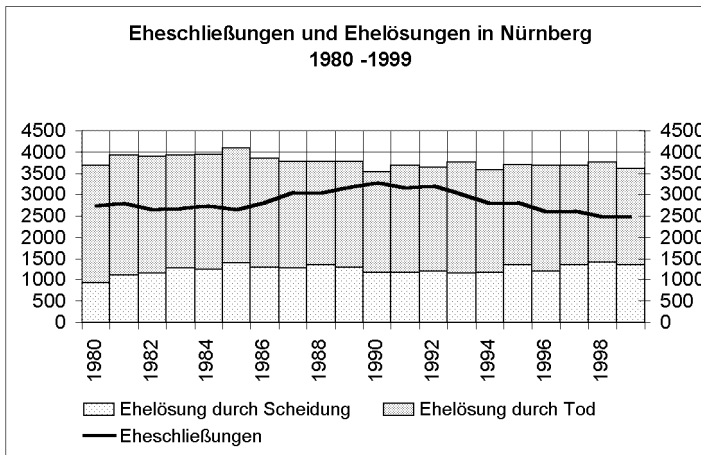
1.4 FAMILIE IN NÜRNBERG

An dieser Stelle kann noch kein umfassender Bericht zur Lage der Familien in Nürnberg vorgelegt werden. Einige Zahlen und Grafiken sollen jedoch die Situation und Entwicklung verdeutlichen:



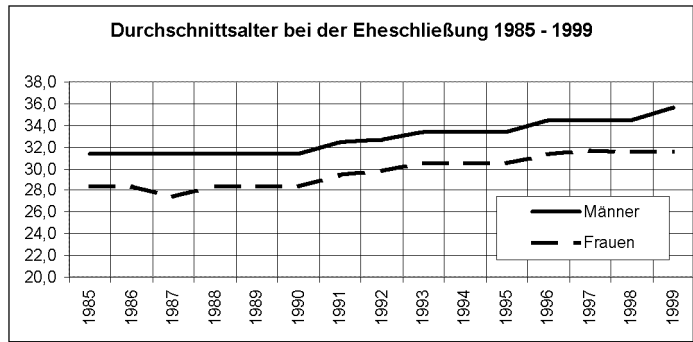
(Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)

Auch die Entwicklung in Nürnberg bestätigt die bundesweit skizzierte Tendenz, dass der nur leichte Geburtenrückgang vor allem aufgrund der höheren Geburtenzahl der nichtdeutschen Bevölkerung zurückzuführen ist.



(Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)

Diese Grafik zeigt die deutliche Zunahme der Ehelösungen durch Scheidung von 937 im Jahr 1980 auf 1343 im Jahr 1999 (Steigerung um 12,6 %).

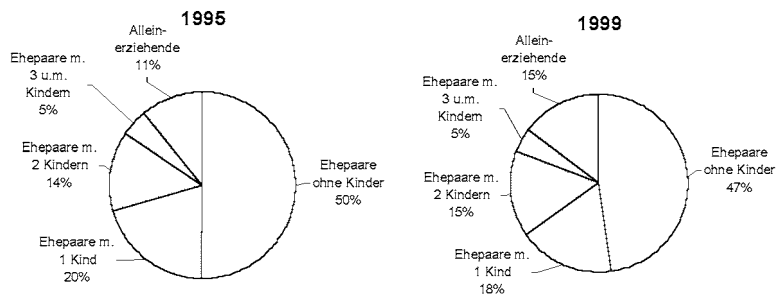


(Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)

Ebenso bestätigt sich in den Nürnberger Zahlen die Tendenz, dass das Durchschnittsalter bei Eheschließungen zunimmt

Familienstruktur in Nürnberg 1995 und 1999

Der Vergleich der Familienstrukturen von 1995 und 1999 zeigt, dass selbst in einem relativ kleinen Zeitraum der Anteil der Alleinerziehenden deutlich zugenommen hat.



(Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)

Dies wird durch die nachfolgende Tabelle in absoluten Zahlen noch deutlicher:

Familien nach der Zahl der Kinder / Alleinstehende
ohne Kinder (in 1000)

	1995	1996	1997	1998	1999
Insgesamt	204	201	201	200	198
Ehepaare	115	113	113	113	110
ohne Kinder	65	65	64	65	62
mit Kindern	50	48	49	48	48
mit 1 Kind	26	24	25	23	23
mit 2 Kindern	18	17	18	19	20
mit 3 u.m. Kindern	6	(6)	(5)	(6)	(6)
Alleinerziehende	14	15	16	16	19
dar. Frauen mit Kindern	12	12	14	13	16
dar. mit 1 Kind	9	(10)	(9)	10	11
Alleinstehende ohne Kinder	75	73	72	71	69

(Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)

Die Statistik weist aus, dass im Jahr 1999 66% aller Haushalte ohne Kinder sind (Ehepaare und Alleinstehende). Lediglich in 34% aller Haushalte leben Kinder. Im Jahr 1995 war das Verhältnis 69:31.

Ein weiterer Aspekt zur Beschreibung der Familienstruktur ist das Alter der in Familie lebenden Kinder.

Familien mit ledigen Kindern nach Altersgruppen der Kinder

	1995	1996	1997	1998	1999
Familien mit Kindern	64	63	65	64	67
unter 6 Jahre	19	20	20	21	22
6-15 Jahre	25	27	28	27	28
15-18 Jahre	11	11	13	12	13
unter 18 Jahre insgesamt	46	47	49	50	51
18 Jahre und älter	24	21	21	20	22

(Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)

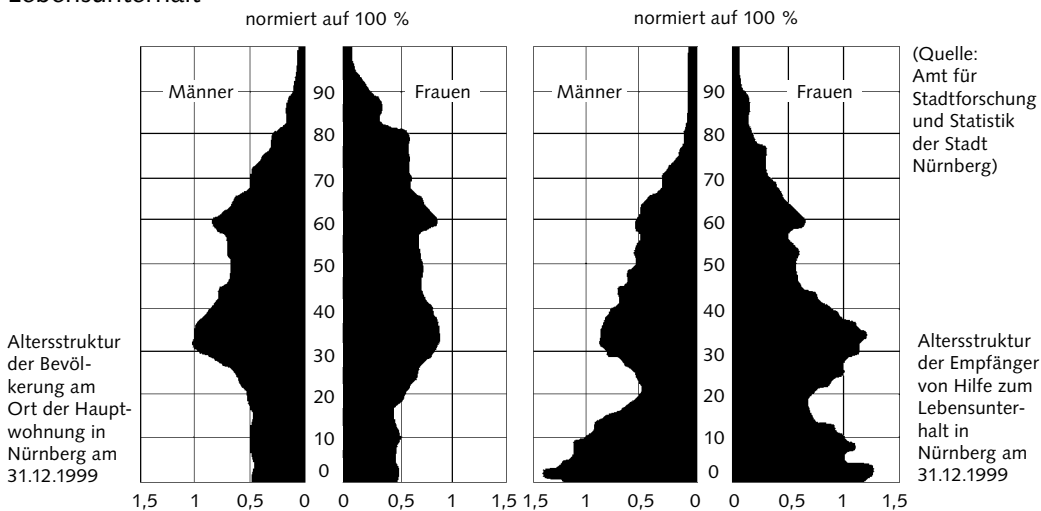
D. h., im Jahr 1999 leben in 33% aller Familien Kinder unter 6 Jahren in 42% aller Familien Kinder im Alter zwischen 6 und 15 Jahre und in 19% aller Familien Kinder zwischen 15 und 18 Jahren.

Erläuterung:

Familie: als Familie gelten Ehepaare (ohne und mit Kindern), sowie alleinerziehende (ledige, verheiratet/ getrennt lebende, geschiedene und verwitwete) Mütter und Väter, die mit ihren ledigen Kindern im gleichen Haushalt zusammen leben

Kinder: Ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil in einem Haushalt bzw. in einer Familie zusammenleben. Eine Altersbeschränkung für die Zählung als Kind besteht nicht

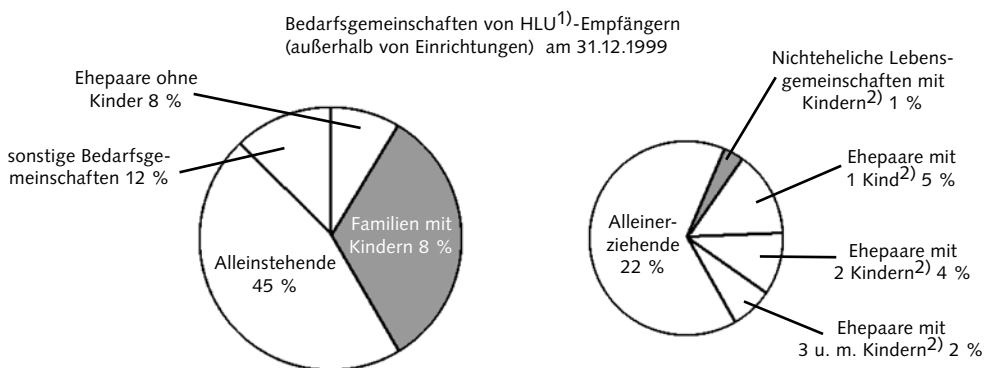
Altersstruktur der Nürnberger Bevölkerung und der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt



Das Schaubild zur Altersstruktur der Nürnberger Bevölkerung zeigt deutlich, dass die Geburtenrate seit Jahren konstant ist; der „Lebensbaum“ entwickelt sich zunehmend zu einer „hochstämmigen Tanne“.

Das Schaubild zur Altersstruktur der Empfänger von Hilfe zum Unterhalt in Nürnberg belegt die Aussage, dass das Armutsrisiko überwiegend Kinder, Jugendliche und Frauen trifft.

Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaften



1) Quelle: Mikrozensus

2) Kinder unter 18 Jahre

Die Grafiken zeigen nochmals differenzierter die Zusammensetzung der Empfänger von Leistungen von Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) auf. Die Gruppe der Familien mit Kind stellt die zweitgrößte Gruppe mit 5086 Bedarfsgemeinschaften.

Ehepaare, Alleinerziehende und Kinder nach ausgewählten Merkmale

	1995	1996	1997	1998	1999
Ehepaare	115	113	113	113	110
ohne Kinder unter 18 J.	77	76	75	75	73
mit Kindern unter 18 J.	37	37	38	39	37
dar. mit 1 Kind unter 18 J.	20	20	21	19	18
dar. mit erwerbstätiger Ehefrau	22	21	23	22	22
Alleinerziehende	8	10	11	11	14
dar. erwerbstätig	/	6	7	7	10
Kinder unter 6 Jahre	23	24	24	27	28
dar. mit erwerbstätiger Mutter	10	9	11	11	13
Kinder unter 18 Jahre	70	72	75	77	79
dar. mit erwerbstätiger Mutter	39	38	41	41	42

(Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)

Der Aspekt der Erwerbstätigkeit ist mit einer gewissen Vorsicht zu genießen. Er sagt nichts über den Umfang aus (von wenigen Stunden bis zur Vollbeschäftigung). Beachtenswert ist jedoch quantitativ der zunehmende Anteil von erwerbstätigen Alleinerziehenden. Sie bedürfen unter der familienpolitischen Fragestellung einer besonderen Beachtung.

Frauen nach dem Familienstand (Bevölkerung am Familienwohnsitz)

	1995	1996	1997	1998	1999
Frauen Insgesamt	228	228	224	225	222
Frauen ohne Kindern	166	168	162	164	158
ledig	50	52	46	48	48
verheiratet	65	65	64	65	62
zusammenlebend					
verheiratet	51	51	51	51	48
getrenntlebend, geschieden, verwitwet					
Frauen mit Kindern	61	60	62	61	64
verheiratet	50	48	49	48	48
zusammenlebend					
alleinerziehend	12	12	14	13	16

(Quelle: Amt für Stadtforschung und Statistik der Stadt Nürnberg)

1.5 STRUKTURELLE FRAGEN, VERORTUNG IN DER KOMMUNALVERWALTUNG, ZUSTÄNDIGKEIT

Aufgrund des unter Punkt 1.3 beschriebenen Verständnisses von kommunaler Familienpolitik als Querschnittspolitik ist sie nicht nur einem Verwaltungsressort zuzuordnen. Der Versuch, durch die Definition von Primärzuständigkeiten Familienpolitik einem Geschäftsbereich oder Amt zuzuordnen, kann nur unzureichend gelingen. Deshalb lässt sich die Verantwortung für eine „familienpolitische Perspektive“ bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen, wie es die Intention des CSU Antrags ist, nur über Verwaltungsverfahren (z. B. die angedeutete Familienverträglichkeitsprüfung) und die Selbstverpflichtung des Selbstverwaltungsorgans (vielleicht auf der Grundlage familienpolitischer Leitsätze) in die konkrete kommunalpolitische Praxis umsetzen.

Kommunale Familienpolitik darf aber auch nicht dazuführen, an die Stelle anderer Politikfelder zu treten und somit zu einschneidenden Veränderungen von Zuständigkeiten und der Geschäftsverteilung führen (dann wäre sie von vornherein wegen mangelnder Akzeptanz zum Scheitern verurteilt). Deswegen muss kommunale Familienpolitik als dynamischer und diskursiver Prozess verstanden werden.

Die verwaltungsmäßige Zuständigkeit für die Steuerung dieses Prozesses liegt beim Referat für Jugend, Familie und Soziales. Zentraler Ausschuss ist der Jugendhilfeausschuss sein, der aufgrund seiner besonderen Stellung in der kommunalen Verwaltung nicht nur ein eigenes Antragsrecht gegenüber der kommunalen Vertretungskörperschaft hat (§ 71 SGB VIII), sondern auch mit den freien Trägern und den zahlreichen beraten-

den Mitgliedern ein breites gesellschaftliches Spektrum abdeckt.

Der Jugendhilfeausschuss ist auch aufgrund der rechtlichen Grundlage des SGB VIII zuständig, denn Jugendhilfe hat die Aufgabe, „Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung (zu) beraten und (zu) unterstützen“ und „dazu bei(zu)tragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen“ (§ 1 Abs. 3, Ziff 2 und 4). Im § 71 Abs. 2 SGB VIII heißt es: „Der Jugendhilfeausschuss befasst sich mit allen Angelegenheiten der Jugendhilfe, insbesondere mit 1. der Erörterung aktueller Problemlagen junger Menschen und ihrer Familien sowie mit Anregungen und Vorschlägen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe ...“

Auch wenn kommunale Familienpolitik nicht nur ein Teil von Jugendhilfe ist, ist die Schnittmenge (siehe Definition von Familie Punkt 1.1) mit ihr am größten. Vor allem sind die im engeren Sinne operativen Instrumente dort angesiedelt (z. B. Förderung der Erziehung in der Familie, Familienberatung, Familienbildung, familiengerechte Planung etc.)

2. BÜNDNIS FÜR FAMILIE: VORSCHLÄGE ZUR ORGANISATION

2.1 WAS MUSS DIE ORGANISATIONSFORM LEISTEN?

Kein städtisches, sondern ein gesellschaftliches Bündnis

Ein Bündnis für Familien kann keine Veranstaltung der Stadtverwaltung oder nur weniger auserwählter Institutionen und Gruppen sein, sondern muss eine möglichst breite gesellschaftliche Beteiligung ermöglichen. Nur so lässt sich ein familienpolitisches Bewusstsein entwickeln und nachhaltig in den verschiedenen Bereichen verankern.

Aufgabe der Stadt (Politik und Verwaltung) muss es dabei vor allem sein, die entsprechenden Perspektiven, den „familienpolitischen Blick“ zu einer selbstverständlichen Einstellungs- und Handlungsperspektive zu

entwickeln. Es geht darum, Akzeptanz zu schaffen und Impulse zu geben.

Die Verwaltungsorganisation muss so gestaltet werden, dass ein effizientes und effektives Arbeiten möglich ist, d. h. die Orientierung am Ergebnis. Dies bedeutet aber auch, dass eine rasche Umsetzung in den Gremien der Stadt sichergestellt werden muss.

Ein solches gesellschaftliches „Bündnis für Familie“ muss offen für Beteiligung aller Interessierten sein und es darf keine formalen und bürokratischen Hemmnisse geben.

Dauerhaft oder zeitlich begrenzt?

Durch das Bündnis für Familie soll ein Anstoß, ein Impuls gegeben werden. Deshalb soll diese Arbeit nicht dauerhaft als neue und eigenständige Verwaltungseinheit verankert, sondern zeitlich befristet auf fünf Jahre angelegt werden. Bis zu diesem Zeit-

punkt sollte das „familienpolitische“ Bewusstsein überall verinnerlicht sein. Ob bestimmte Aufgaben dann weiterhin notwendig und wo diese dann organisatorisch verortet sind, soll zum Ende dieser Phase geklärt werden.

2.2 BETEILIGUNG ORGANISIEREN: DIE STRUKTUR DES „BÜNDNIS FÜR FAMILIE“?

Grundsätzlich ist eine Entscheidung zwischen einem Vertretungs- bzw. Delegationsprinzip oder einem offenen Zugang zu treffen.

Es wird vorgeschlagen, eine Mischform zu wählen: Der Lenkungsausschuss „Bündnis für Familie“ als repräsentatives Gremium, in dem alle bedeutenden Institutionen vertreten sind und breite und vielfältige öffentliche Beteiligungsformen, um niemand auszugrenzen und tatsächlich familienpolitisches Bewusstsein zu verankern.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird vorgeschlagen dem Bündnis folgende Struktur zu geben:

Auf der repräsentativen Ebene:

- a) der Lenkungsausschuss „Bündnis für Familien“ mit Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft
Um eine Beteiligung aller interessierten Bürgerinnen und Bürger, Verbände, gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen zu ermöglichen
- b) ein jährliches offenes „Forum Familie“ und
- c) die thematischen „Runden Tische“ in Form von Projektgruppen

Zur verwaltungsmäßigen Betreuung und operativen Umsetzung wird vorgeschlagen einen

„Stab Familie“ (siehe 2.5)

beim Referat für Jugend, Familie und Soziales einzurichten

2.3 GREMIEN DES BÜNDNISSES: ZUSAMMENSETZUNG UND AUFGABEN

Lenkungsausschuss „Bündnis für Familie“

Die Aufgabe des Lenkungsausschusses ist die Steuerung des Gesamtprozesses, die Beratung der verschiedenen Initiativen der Runden Tische und des „Stabs Familie“. Zu seinen Aufgaben gehören weiter, Erarbeitung von Stellungnahmen und Empfehlung für den Stadtrat bzw. seiner Ausschüsse und die gesellschaftliche Vermittlung der familienpolitischen Leitlinien.

Die Zusammenkunft sollte ca. zweimal im Jahr sein, da die terminliche und arbeitsmäßige Belastung der gesellschaftlichen Repräsentanten schon sehr groß ist.

Damit eine ernsthafte Arbeits- und Beratungskultur ermöglicht wird, sollte der Lenkungsausschuss nicht zu groß sein. Eine Größenordnung von ca. 20 Personen sollte eingehalten werden. Bei den folgenden Vorschlägen zur Zusammensetzung wird versucht, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Bereiche mit ihren jeweils spezifischen Strukturen zu berücksichtigen. Es ist an eine institutionelle Vertretung gedacht, die in der Regel durch ihre obersten bzw. zeitlich verantwortlichen Repräsentanten erfolgt. Eine Delegation innerhalb der Strukturen ist grundsätzlich möglich.

Um die politische und gesellschaftliche Bedeutung des Bündnisses zu unterstreichen, sollte der Oberbürgermeister den Vorsitz übernehmen:

Weitere Mitglieder sollten sein

1. Referentin für Jugend, Familie und Soziales
2. Referent für Umwelt (Agenda)
3. Referent für Schule und Kultur
4. Referent für Bauverwaltung
5. Referent für Wirtschaft
6. Kath. Stadtkirche, Dekan
7. Evangelische Kirche, Dekan
8. Präsident der IHK
9. Präsident der HWK
10. Vorsitzender DGB
11. CSU-Fraktion
12. SPD-Fraktion
13. Fraktion Bündnis90/Die Grünen
14. Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
15. Vorsitzende/r der Kreisarbeitsgemeinschaft
16. Vorsitzende/r des Kreisjugendrings
17. Vorsitzender der Ausländerbeirats
18. Vorsitzende Aussiedlerbeirats
19. Vorsitzende/r des Stadtseniorenrates
20. Frauenbeauftragte der Stadt Nürnberg
21. Präsident des AA
22. Polizeipräsident
23. Leiter der Abteilung Schulen der Regierung von Mittelfranken (einzige Organisationseinheit, die den Gesamtbereich der Schulen umfasst)

„Offenes Forum Familie“

Mit dem „Offenen Forum Familie“ soll jährlich eine öffentlich beachtete familienpolitische Veranstaltung durchgeführt werden, die familienpolitische Perspektiven eröffnet und gesellschaftlichen Diskurs ermöglicht. Es ist eine offene Veranstaltung für alle Initiativen, „familienpolitischen Akteuren“ und die interessierte Bürgerschaft.

Aufgaben dieses „Offenen Forums Familie“ sind:

- Möglichkeit zur Darstellung aller Initiativen rund um die Familie (z. B. in Form eines Marktes)
- Darstellung der Arbeit des „Bündnis für Familie“ – öffentliche Diskussion der Aktivitäten
- Thematische Schwerpunktsetzung und Diskussion in Form eines kleinen Fachkongresses (Plenum und Foren)
- Evtl. Verleihung von Auszeichnungen oder Preisen für besonderes familienbezogenes Engagement.

„Runde Tische“

Zu verschiedenen Schwerpunkten sollen „Runde Tische“ eingerichtet werden. Impulse und Anregungen für solche „Runden Tische“ können von allen „familienpolitischen“ Akteuren eingebracht werden.

Der „Stab Familie“ informiert die Öffentlichkeit über die Einrichtung eines spezifischen runden Tisches, seine Zielsetzung und Dauer und lädt ein. Er moderiert in der Regel die ersten drei Treffen. Danach müssen sich die „runden Tische“ als gesellschaftliche Bewegung selbst organisieren. Der Stab steht den Koordinatoren der jeweiligen runden Tische bei Bedarf beratend zur Seite und übernimmt technische Aufgaben, Versand von Einladung etc. Er ist aber nicht für die inhaltliche Arbeit verantwortlich.

„Runde Tische“ können sowohl auf einzelne Aufgabenfelder bezogen sein oder bestimmte zeitlich begrenzte Projekte (z. B. Erarbeitung einer Informationsschrift, Vorbereitung einer Veranstaltung etc.) zum Inhalt haben. Nach der Aufgabe richtet sich Häufigkeit und Intervall der Zusammenkunft.

Mögliche „runde Tische“

könnten z. B. sein:

- Familie und Arbeitswelt
- Familie und Wohnen
- Familie und Verkehr
- Familie und Stadtentwicklung (Raum zu Spielen, Raum zur Begegnung)
- Betreuungsangebote für Kinder
- Familie und gesundheitliche Förderung/
Das kranke Kind
- Betreuung und Pflege kranker und älterer Familienmitglieder
- Familie und kulturelle Teilhabe
- Familie und Bildung
- Beratung, Hilfe und Schutz der Familie:
Aktivierung von Selbsthilfepotentialen
- Partizipation und Teilhabe
- Integration
- Anregung und Unterstützung
generationsübergreifender Aktivitäten
- Familie und Armut
- Familienfreundliche Verwaltung

2.4 INSTRUMENTE

Ausgehend von der Zielsetzung, gesellschaftliches Bewusstsein für eine stärkere Rücksichtnahme auf Familien zu verändern, stellt sich die Frage, wie dies konkret geschehen kann. Nachfolgend sind einige Beispiele aufgeführt, wie dies geschehen könnte. Es handelt sich dabei um einen offenen Katalog von Instrumenten, dessen Realisierung letztendlich von den zur Verfügung stehenden Ressourcen abhängig ist.

a) Familienpolitische Leitlinien

Es soll ein breiter Diskussionsprozess in Gang gesetzt werden, an dessen Ende die Verabschiedung von „familienpolitischen Leitsätzen“ durch den Stadtrat steht. Diese Leitsätze sollen dann für alle Aufgabenbereiche und Entscheidungen politische Handlungsmaxime werden.

b) Familienbericht

StA und Ref. V legen jährlich einen quantitativen Bericht zur Entwicklung von Haushalts- und Familienstrukturen vor.

c) Familienförderplan/Maßnahmenkatalog

Der „Stab Familie“ legt jährlich den entsprechenden Ausschüssen einen Bericht und Maßnahmenkatalog vor. Darin werden Projekte und Initiativen vor- und zur Abstimmung gestellt.

d) Anlaufstelle für Familien

Die Stadt Nürnberg richtet eine Anlaufstelle ein, an die sich alle Bürgerinnen und Bürger mit Anregungen und Anliegen zur Verbesserung der Situation von Familien wenden können.

e) Familienverträglichkeits- bzw.

Familienfreundlichkeitsprüfung

Für alle Stadtentwicklungsvorhaben, bauliche und räumliche Planungen und bei allen die Familie betreffenden

Beschlüsse erfolgt eine gutachtliche Beteiligung des „Stabs Familie“. Diese Gutachten sind dem Rat vor dessen Entscheidung vorzulegen. Noch geklärt werden muss, wie diese Form der Prüfung im Verhältnis zur Planungsbeteiligung des Jugendamtes und des Sozialreferats steht.

f) Familienfreundliches

Verwaltungshandeln

Die Stadtverwaltung hat im Umgang mit Familien eine Vorbildfunktion für andere Dienstleister. Deshalb soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die systematisch die Frage untersucht, ob von der zeitlichen und örtlichen Erreichbarkeit, der Ausstattung etc. familienfreundliche Strukturen vorhanden sind.

g) Auszeichnungen/Preise

Um familienpolitisches Bewusstsein in der Öffentlichkeit stärker zu verankern, sollen durch Auszeichnungen oder Preise besondere Leistungen anerkannt und öffentlich vorgestellt werden. Denkbar sind beispielsweise Auszeichnungen für familienfreundliche Betriebe/Arbeitsstrukturen, besonders familien-gerechte Ausstattungen, familienfreundliche Wohnbereiche oder auch „familienfreundliche Stadtteile“ usw.

h) „newsletter Familie“

Um die Vernetzung und Information der verschiedenen Akteure sicherzustellen, soll ein einfach gestalteter und wenig aufwendiger periodischer Informationsdienst erstellt und verteilt werden.

i) Internet-Seiten

Die wichtigsten Information rund um die Familie sollen auf einer eigenen Homepage ins Internet eingestellt werden. Durch entsprechende „links“ soll der Zugang zu allen relevanten Informationen sichergestellt werden.

2.5 VERWALTUNGS-MÄSSIGE BEGLEITUNG UND OPERATIVE UMSETZUNG DES „BÜNDNIS FÜR FAMILIE“: DER „STAB-FAMILIE“

Um die vielfältigen Prozesse anregen und begleiten zu können, bedarf es zusätzlicher personeller Ressourcen. Diese sollen zeitlich begrenzt bereitgestellt werden. Entsprechend der Empfehlung des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Handbuch der örtlichen und Regionalen Familienpolitik, sollte eine Stabstelle Familie im Referat für Jugend, Familie und Soziales eingerichtet werden. Aufgaben dieser Stabsstellen sind:

- Geschäftsführung für das Bündnis für Familie (Betreuung des Lenkungsausschuss, Vorbereitung und Durchführung des offenen Forums Familie, Organisation und Koordination der Runden Tische“)
- Koordination aller familienpolitischen Aktivitäten (Aufbau eines Informationspools etc., Träger Aktivierung)
- Ansprechpartner bei allen Angelegenheit von Familie
- Familienverträglichkeits/-freundlichkeitsprüfung bei allen Vorhaben der Stadtverwaltung und Stadtentwicklung, insbesondere der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung etc.
- Öffentlichkeitsarbeit durch Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen, Erstellung von Druckerzeugnissen, „newsletter-familie“, Internet-Präsentation
- Förderung von Projekten

Die Personalausstattung richtet sich nach der Breite des Bündnisses, (Anzahl der runden Tische) Anzahl und Qualität der Aktivitäten, sowie Umfang der Öffentlichkeitsarbeit. Folgende personelle Ausstattung wird vorgeschlagen:

1. Leiter des Stabs

(25 % BAT Ia; Leitung und Koordination, Bindeglied zur Referentin, Stadtverwaltung und Politik, Geschäftsführung des Lenkungsausschusses)

2. Planer

(BAT Ib) Verantwortlich für Familienverträglichkeits/-freundlichkeitsprüfung, Betreuung Runde Tische, Durchführung von Projekten. Sozialwissenschaftler/in o. ä.

3. Öffentlichkeitsarbeit

(BAT IVa/III) Verantwortlich für Newsletter, Internet-Präsentation, Druckerzeugnisse, Betreuung Runde Tische, Durchführung von Projekten.

Journalist/Öffentlichkeitsarbeiter

4. Vernetzung und Projektmanagement

(BAT IVa/III) Verantwortlich für Betreuung der Verbände und Initiativen, Informationspool, Betreuung Runde Tische, Durchführung von Projekten.

5. Verwaltungsleitung

(BAT IVa) Verantwortlich für die gesamte verwaltungsmäßige Abwicklung, Haushalt, Förderung, Akquisition von Drittmitteln ggf. Betreuung Runde Tische, Durchführung von Projekten.

6. Sekretariatskraft

(0,5 BAT VII)

2.6 FINANZIERUNG: EINE MILLION FÜR EIN FAMILIENFREUNDLICHES NÜRNBERG

Unter der Perspektive Familie sind eine Reihe von bereits laufenden Aktivitäten zu betrachten. Diese Ressourcen können durchaus als „Sockel“-Finanzierung betrachtet werden. Um jedoch zusätzliche Impulse zu geben, bedarf es neben einer entsprechenden personellen Ausstattung weiterer finanzieller Mittel, für Öffentlichkeitsarbeit, um Impulse zu geben, für Aktivitäten etc. Diese Eigenmittel sind nötig, um weitere Mittel (Drittmittel für Projekte, Stiftungsmittel, Spenden, Sponsoring etc.) mobilisieren zu können.

Finanzbedarf für das 1. Jahr

a) „Stab Familie“

Personalkosten	540.000 DM
Sachkosten (Miete, Energie, Reinigung, Kommunikation, Büro)	50.000 DM

b) Betreuung der Gremien und „offenes Forum Familie“

30.000 DM

c) Projekt und Aktivitäten- mittel (Veranstaltungen)

100.000 DM

d) Auszeichnungen,

Öffentlichkeitsarbeit

100.000 DM

e) Förderung von familien- politischen Aktivitäten

180.000 DM

Das Gesamtprogramm könnte lauten
„Eine Million
für ein familienfreundliches Nürnberg“

aus vorhandenen Mitteln könnten davon erbracht werden:

ca. 40.000 DM Personalkosten (Verschiebung von Arbeitsschwerpunkten)

ca. 100.000 DM durch familienpolitische Akzentsetzung in Förderungsbereichen

Für das erste Jahr müssten 860.000 DM bereit gestellt werden, 500.000 DM kalkulatorisch für Personal und 360.000 DM für Aktivitäten und Sachkosten

2. bis 5. Jahr:
Finanzierung als Ausdruck
gesellschaftlicher Akzeptanz

Die gesellschaftliche Tragfähigkeit eines solchen Bündnisses zeigt sich auch an der Bereitschaft von Wirtschaft und Gesellschaft, sich finanziell an dem Bündnis zu beteiligen. Deshalb ist davon auszugehen, dass mit den städtischen Mitteln weitere mobilisiert werden können.

3. WEITERES VERFAHREN, ARBEITSPLANUNG

Sollte der Verwaltungsantrag durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen und im Rahmen der Haushaltsberatung die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. Konstituierung des Lenkungsausschusses (geplant für Ende Januar 2001/Anfang Februar 2001)
2. Aufbau des „Stabs Familie“ (Schaffung organisatorischer Voraussetzung, Ausschreibung und Stellenbesetzungsverfahren, Einstellung sofort nach Genehmigung des Haushalts) (Januar 2001/März 2001)
3. Erarbeitung eines Arbeitsprogramms und Arbeitsplanes, Aufbau eines Kontaktnetzes, Konzept Öffentlichkeitsarbeit auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Ressourcen (März 2001/Mai 2001)
4. Aufbau „Runder Tische“ (ab Mai 2001)
5. Bestandsaufnahme „Familienförderung in Nürnberg“ (April 2001 bis Juni 2001)
6. 2. Lenkungsausschuss (Juni/Juli 2001)
7. Vorbereitung des 1. Offenen Forums Familie im Oktober/November 2001

ANTRAG

DIE CSU-STADTRATSFRAKTION STELLTE MIT DATUM VOM 19.04.2000 FOLGENDEN ANTRAG ZUR BEHANDLUNG IM STADTRAT:

1. Die Verwaltung erstellt einen Vorschlag für die Zusammensetzung eines „Runden Tisches“ zur Diskussion von familienpolitischen Vorschlägen und Ideen. Dieser „Runde Tisch“ soll insbesondere die Kirchen, Familienverbände und gesellschaftlichen Institutionen, die sich speziell um das Thema Familien annehmen, umfassen. Die Beteiligung der Fachbehörden ist ebenfalls anzustreben.
2. Ziel dieses „Runden Tisches“ ist es, ein Nürnberger Bündnis für Familien zu etablieren. Vorgabe bei der Diskussion soll die Erkenntnis sein, dass Familien eines intensiven Rückhaltes und Schutzes sowie einer nachhaltigen und zuverlässigen Unterstützung in ideeller und materieller Weise auf allen Ebenen bedürfen. Dafür ist ein breites gesellschaftliches Zusammenwirken erforderlich.
3. Gesellschaftspolitische Leitlinien des zu erarbeitenden Bündnisses für Familien sind u.a.:
 - Ein Netzwerk zwischen den für die Familien tätigen Gruppierungen und Initiativen aufzubauen.
 - Die vorhandenen kinder- und familienpolitischen Einrichtungen fortzuentwickeln und insbesondere ein Konzept der Eltern-/Kindgruppen zu unterstützen, das Kindertagesstätten und sonstige Einrichtungen zu Begegnungsstätten für Familien werden lässt.
- Das Thema ist in den Blickpunkt der Diskussion auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen zu rücken und damit Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement von und für Familien zu fördern, damit auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Familie verbessert wird.
- Leitlinien für eine familiengerechte Stadt zu entwickeln und diese insbesondere für eine Verbesserung der Spiel- und Erziehungsrolle von Kindern auszuarbeiten.
- Ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum gerade auch für Familien zu schaffen und zu erhalten.
- Familien- und kindergerechte Kultur- und Freizeitmöglichkeiten in der Stadt zu überprüfen und zu verbessern.
4. Diese gesellschaftspolitischen Leitlinien des zu erarbeitenden Bündnis für Familien sollen in einen konkreten Umsetzungskatalog einmünden. Dieser Umsetzungskatalog kann insbesondere folgende Vorschläge beinhalten:
 - Weitere Verbesserung und den Ausbau von Spiel- und Bolzplätzen sowie die Umwandlung von weiteren Schulhöfen zu Spielhöfen.
 - Die Fortsetzung der bisher so erfolgreichen Aktion aus 1 mach 3, um privates Engagement für die Spielplätze anzuregen.
 - Neueinführung von Spielplatzpatenschaften zur Verbesserung der Identifikation der Bürger mit ihren Spielplätzen.

- Die Förderung und Integration behinderter Kinder sowohl in den Kindertagesstätten als auch in den sonstigen Einrichtungen für einen Aufenthalt von Kindern (z.B. behindertengerechtes Spielgerät auf Spielplätzen).
 - Die Schaffung von familiengerechten Einrichtungen (Spielgeräte usw.) im Innenstadtbereich im Rahmen eines Konzeptes „familiengerechte Einkaufsstadt“.
 - Der Ausbau der Mittagsbetreuung im Sinne der kind- und familiengerechten Halbtagschule.
 - Bei den Kinderbetreuungsmöglichkeiten sind qualitative Verbesserungen anzustreben, insbesondere sind die Betreuungsangebote im Grundschulalter (6-14 Jahre) familiengerecht weiter zu entwickeln.
 - Möglichkeiten zur Verbesserung der Kontakte zwischen den Generationen (Projekt Leihoma/Leihopa).
 - Die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in die politischen Entscheidungswege (z.B. Kinderversammlungen) sind weiter zu fördern.
 - Die Schaffung von familiengerechten Preisgestaltungen bei städtischen Leistungen auch der städtischen Töchter, wie z.B. bei Fahrkarten und Stromtarifen.
 - Den Ausbau des Präventionsgebotes zur Verhinderung von Krisen in den Familien oder der Jugendlichen.
 - Die Schaffung eines Netzwerkes zwischen Jugendhilfe, Schule, Sicherheitsbehörden (Polizei), um die Fehlentwicklungen in gewissen Bereichen möglichst bald zu erkennen.
 - Die Unterstützung von Initiativen zur Verbesserung von Partnerschafts- und Erziehungskompetenz der Eltern. Dabei sind die bestehenden Instrumente der Erwachsenen-, Eltern- und Familienbildung gegebenenfalls aufeinander abzustimmen und effektiver zu gestalten.
 - Eine Förderung des Schutzes des ungeborenen Lebens durch adäquate Einrichtungen in Nürnberg.
 - Die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze für erziehungsleistende Väter und Mütter im Bereich der Stadtverwaltung durch eine offensive Nutzung des Instruments der Teilzeitarbeit und andere mögliche Angebote.
 - Im Klinikum sollen die Voraussetzungen für eine noch kindergerechtere Unterbringung (z.B. rooming-in, ambulante Kindertagesklinik) geschaffen werden.
 - Die Sicherheit der Kinder (Schulwege/ Spielplätze) zu optimieren
 - Wichtig für Familien sind auch qualitativ und quantitativ gute Angebote für Erziehung, Bildung und Fortbildung. Die Stadt hat die Aufgabe, diese Angebote im Bereich ihrer Zuständigkeiten zu verstärken und fortzuentwickeln.
5. Bei allen größeren Planungen der Stadt müssen die gegenwärtigen und künftigen Auswirkungen auf Familien fach- und institutionsübergreifend herausgearbeitet werden und Berücksichtigung finden.
6. Die Stadt Nürnberg strebt an, bei der Fortsetzung des Flächennutzungsplanes und bei Bebauungsplanungen dem Thema Familien und familiengerechtes Bauen verstärkt Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Nach Möglichkeiten sollten auch die familienpolitischen Fördermaßnahmen (Zuschussprogramm) beibehalten und ausgebaut werden.
7. Der Sonntag als gemeinsamer freier Tag, auch für die Familie, wird als wichtiges Gut angesehen. Deshalb bekräftigt der Stadtrat seine zurückhaltende Genehmigungspraxis gegenüber Bestrebungen, am Sonntag weitere Aktivitäten (Handel usw.) zu etablieren.

BEGRÜNDUNG:

Eine Familie mit Kindern stellt für uns eine Bereicherung dar. Familie ist für uns dabei der Ort, in der die Verantwortung füreinander erlebt und gelebt wird, Eltern und Kinder miteinander Liebe, Mitgefühl, Vertrauen, Solidarität, Verlässlichkeit, Einsatzbereitschaft begründen, gegenseitig fördern und weitergeben in die nächste Generation. Diese Familie, die idealerweise dem Leitbild der ehebezogenen Familie entspricht, aber ausdrücklich auch nichteheliche Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende mit einschließt und die bei ihrer Ausrichtung auch die Großfamilie mit mehreren Generationen nicht außer Betracht lassen darf, ist nach unserer Auffassung in der gegenwärtigen Gesellschaftsentwicklung immer weiter ins Hintertreffen geraten. Neben familienpolitischen Leistungen auf Bundes- und Landesebene, die auszubauen sind, ist dabei auch die kommunale Ebene eine Möglichkeit, die Situation der Familien zu verbessern.

Die kommunale Ebene hat zahlreiche Akteure, die sich für die Familien einsetzen. Diese Akteure sind weitgehend ohne Koordination jeweils auf einen Spezialbereich der „Familienpolitik“ beschränkt. Hauptaufgabe muss es sein, zukünftig diese verschiedenen Akteure aufeinander abzustimmen und in ein Netzwerk einzubringen. Die Moderation dieser Aufgabe sollte durch die Stadt geleistet werden.

Neben diesem Netzwerk für Familien ist jedoch eine konkrete familienpolitische Agenda notwendig. Diese sollte am „Runden Tisch“ und gegebenenfalls auch im Rahmen eines Dialogverfahrens mit betroffenen Familien erarbeitet werden.

Ausgehend von einem grundsätzlichen Leitbild für weitere familienpolitische Zielsetzungen sind konkrete Schritte zu erarbeiten, die sowohl von der Kommune als auch von Verbänden geleistet werden können. Dabei kann in der Stadt Nürnberg bereits auf viele erfolgreiche Projekte zurückgegriffen werden, die im Rahmen eines Gesamtnetzwerkes verbessert und optimiert werden müssen.

Der Optimierungsprozess fängt bei der grundsätzlichen Ausrichtung der Stadtplanung an, geht über die konkrete Gestaltung des Wohnumfeldes und der Wohnangebote hin zu Betreuungseinrichtungen und Freizeitmöglichkeiten bis hin zur konkreten Beratung und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen.

Von einem Bündnis für Familien erwartet sich die CSU-Fraktion eine hohe präventive Vorsorge. Intakte Familien sind nach unserer Auffassung wichtige Garanten für einen sozialen Frieden in Nürnberg.

Bündnis für Familien

hier: Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 19.04.2000

B e s c h l u ß

des Stadtrates vom 28.06.2000

- öffentlich -

I. Ziffer 1 des beiliegenden Antrages der CSU-Stadtratsfraktion vom 19.04.2000

wird

- einstimmig beschlossen -

Die Ziffern 5, 6 und 7 werden in die jeweils zuständigen Ausschüsse verwiesen.

- einstimmig beschlossen -

II. Referat V

Der Vorsitzende:

Die Referentin:

Schriftführerin:

Bündnis für Familie

B e s c h l u s s

des
Jugendhilfeausschusses
vom 26.10.2000

- öffentlich -

I. Vorschlag für einen Beschluss

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt die von der Verwaltung vorgelegte Konzeption und die Struktur für das „Bündnis für Familie“. Er fordert die Verwaltung auf, die in Ziffer 3 dargelegten Schritte zur Umsetzung in die Wege zu leiten.
2. Der Jugendhilfeausschuss beantragt die Schaffung folgender Stellen zum Haushalt 2001:
 - Planer (BAT Ib)
 - Öffentlichkeitsarbeit (BAT IVa/III)
 - Vernetzung und Projektmanagement (BAT IVa/III)
 - Verwaltungsleitung (BAT IVa)
 - Sekretariatskraft (0,5 BAT VII)

und eine Haushaltsstelle „Bündnis für Familie“, deren Ausstattung für das Jahr 2001 mit DM 360.000 beträgt.

II. Ref.V

Der Vorsitzende

Die Referentin

Schriftführer

Ingrid Mielenz
(berufsm. Stadträtin)



BÜNDNIS für FAMILIE

Spitalgasse 22, 90403 Nürnberg

Tel.: 0911/231-7356

Fax: 0911/231-7355

E-Mail: bff@stadt.nuernberg.de

Internet: www.bff-nbg.de

ISBN 3-932376-23-4

emwe-Verlag – Nürnberg 2001

